DB48
G8
Guttmann, Bernhard
Oefterreich=Ungarn und
der Dölkerftreit.

A
000647409
2
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit

Von

Dr. B. Guttmann

Redakteur der Frankfurter Zeitung

18

Im Verlag der Frankfurter Zeitung.

ID# 229649

Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung.

Oesterreich-Ungarn
und der Völkerstreit

Von

Dr. B. Guttmann
Redakteur der Frankfurter Zeitung.

18

Frankfurt am Main.
Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei, G. m. b. H.
1918.

DB48
G8

Die nachfolgenden Aufsätze sind aus Eindrücken entstanden, die im Spätjahr 1917 während eines längeren Aufenthalts in Oesterreich-Ungarn gewonnen wurden. Sie erschienen in der „Frankfurter Zeitung“ im Dezember 1917 und Januar 1918.

Inhalt.

I. Staatsproblem und Weltproblem . . . . . Seite 5
II. Nationale Autonomie . . . . . „ 10
III. Die zweite Nation Oesterreichs . . . . . „ 16
IV. Der tschechische Imperialismus . . . . . „ 24
V. Der Staat der Gentry . . . . . „ 31
VI. Ungarn und der Dualismus . . . . . „ 40
VII. Die kroatische Idee . . . . . „ 49
VIII. Austropolnische Politik . . . . . „ 57
IX. Die galizische Frage . . . . . „ 65
X. Bündnisse und Völker . . . . . „ 73
XI. Der Ausgleich der Nationen . . . . . „ 80

I.

Staatsproblem und Weltproblem.

Der große Umsturz der staatlichen Weltordnung, der für unsere Vorstellung an jäher Furchtbarkeit nur mit den Gebirge verschlingenden und Meere öffnenden tellurischen Revolutionen aus der Urzeit der Erde zu vergleichen ist, begann mit einem Schuß, den ein unreifer Hochschüler in einer südslawischen Kleinstadt abfeuerte. Sehr möglich, daß auch ohne die Tat von Sarajevo der Krieg gekommen sein würde; dann aber jedenfalls später, jedenfalls mit ganz verschiedenen Ereignisreihen. War es jemals erhört oder auch nur in einem Philosophengehirne denkbar, daß eine solche Alpenlast ungeheurer Geschehnisse aus dem Reiche finsterer Träume in die Wirklichkeit hinübergeschleudert würde durch das Gewicht von soviel Blei, als in den Lauf einer Browningpistole zu pressen ist? Wie, wenn Gavrilo Princip an jenem Tage krank zu Hause geblieben wäre oder seine Hand gezittert hätte? Wohl hatte der englische Premierminister Recht, als er beim Empfange der Nachricht von dem Morde ausrief, es bange ihm für das Schicksal der Menschheit. Das Geschoß, das den Thronfolger tötete, war nach dem Herzen der ältesten Großmacht Europas gezielt; es war also gar nicht denkbar, daß irgend ein Hauptstaat in unserem Erdteil an dem nun entbrennenden Kampfe nicht teilnehmen würde, denn heute muß jede wesentliche Machtveränderung, die an einer Stelle entsteht, auf alle zurückwirken. Ueberdenkt man die ganze Folge von Ursachen und Zusammenhängen, so ergibt sich, daß die europäische Welt schon vor dem Kriege bei einem politischen Aggregatzustande überaus großer Dichtigkeit an-

gelangt war. An die Stelle der einstigen Lockerheit, die vor etwas mehr als hundert Jahren das Verschwinden eines so großen Reiches wie Polens ohne besonders heftige Erschütterung duldete und die es noch vor fünfzig Jahren möglich machte, daß dem Kampfe Oesterreichs mit Italien, Oesterreichs mit Preußen, Deutschlands mit Frankreich die meisten übrigen in vorwiegend neutraler Haltung zusahen, ist eine so enge Verbindung getreten, daß es ein Einzelschicksal für einen Staat kaum noch gibt. Die Staatsmänner, die im Juli 1914 gehofft haben, den Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien „lokalisieren" zu können, sind mehr um ihr gläubiges Gemüt als um ihren Scharfblick zu beneiden. Europa war wirklich bereits vor dem Weltkriege eine Einheit, jedoch eine fehlerhafte Einheit, mit einem falschen Verhältnis unter den Gliedern und mit gar keiner organischen Vorsorge für ehrliche Maklerschaft zwischen ihnen. Es wird je länger, desto allgemeiner erkannt, daß ein Friede, der solche Organe nicht wenigstens im Keim zu schaffen imstande ist, kein echter Friede sein wird.

Wahrscheinlich ist das Gefühl hierfür unter den kämpfenden Großmächten nirgends so lebendig, wie bei unseren Nachbarn und Bundesgenossen. Kein leitender Minister hat ihm so bestimmten Ausdruck gegeben, wie Graf Czernin, und was er mehrmals über eine spätere Weltverständigung gesagt hat, war offenbar sehr vielen unter allen Völkern des Reiches aus der Seele gesprochen. Graf Czernin ist zu gleicher Zeit ein überzeugter und erprobter Anhänger des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, nicht bloß, was sich von selbst versteht, für die sturmvolle Gegenwart, sondern für alle Zukunft. Als das auswärtige Programm der Leiter der habsburgischen Monarchie wird sich vielleicht bezeichnen lassen der Wunsch, mit Deutschland eng verbunden zu bleiben und trotzdem zu Europa zurückzugelangen.

Oesterreich oder, besser gesagt, die habsburgische Großmacht ist im Dienste einer europäischen Funktion überhaupt

entstanden, nämlich in der Verteidigung Mittel- und Westeuropas gegen das türkische Weltreich. Die meisten unter den jetzt führenden Staaten haben sich in vielhundertjährigen dynastischen Kleinkriegen aus bescheidenen Anfängen großgezankt. So ist das Habsburgerreich nicht entstanden, sondern es trat auf einmal, ja fast an einem Tage hervor, als eine Verbindung schon recht ansehnlicher Länder, die sich gegen eine gemeinsame Gefahr zusammenschlossen. Im Jahre 1526 haben, als der letzte vorhabsburgische König von Böhmen und Ungarn bei Mohacs den Türken unterlegen war, die Stände dieser Königreiche beide Kronen dem Besitzer der österreichischen Erblande, Ferdinand I., übertragen, womit die Donaugroßmacht sofort gebildet war. Ein Schutzverband gegen den siegreichen Islam zu sein, war ihre erste Bestimmung und ist zweihundert Jahre ihre wichtigste Aufgabe geblieben. Solange als die Türkei für Europa eine wirkliche Drohung blieb, solange stieg auch die österreichische Macht immer höher, solange wurde sie vor allen Dingen von den ihr zugehörigen Völkern als oberste Notwendigkeit des Lebens empfunden. Im Jahre 1683 lagen die Türken vor Wien, dem Abendlande in einer ergebnislosen Kraftanstrengung noch einmal vor Augen bringend, welcher gewaltigen militärischen Leistungen das Osmanentum fähig sei. Die unmittelbar folgende Epoche ist die glänzendste der österreichischen Geschichte. Nicht nur konnten die Habsburger ihre Herrschaft weit in den Südosten erstrecken bis in die serbisch-rumänische Zone, sie unternahmen es auch, in dem großen Verfassungswerke der pragmatischen Sanktion ihre Völkermasse zu einer unauflöslichen Einheit zusammenzuschmieden. Aber in der Folgezeit veränderte sich der äußere Druck und damit das innere Gefüge. Paschas und Janitscharen waren an der Donau nicht mehr zu sehen, die Türkennot, in der die Vorfahren gebebt hatten, schrumpfte allmählich zu der „orientalischen Frage“ ein, welche vier bis fünf Generationen von Diplomaten einen bescheidenen Lebensunterhalt gewährt hat. Und nun erheben die Nationen und Nationensplitter das Haupt, die einst froh gewesen waren,

unter dem Doppeladler Schutz vor dem Schicksal der Raja zu finden, und fragen verwundert und bald genug sehr unwirsch, warum sie eigentlich mit so vielen anderen, die sie nichts angehen, hinter einer Umwallung leben sollen. Das erste österreichische Problem, wegen dessen das Reich entstanden war, ist längst gelöst worden. Das zweite und schwerere, die Umwandlung eines in harter Zeit begründeten militärischen Zwangsbundes in eine freie bürgerliche Daseinsgemeinschaft, ist noch nicht befriedigend beantwortet. Der Weltkrieg ist um dieses Problem entbrannt.

Nachdem sich Oesterreich-Ungarn siegreich behauptet hat und der Versuch, das alte Reich von außen her zu sprengen, hoffnungslos gescheitert ist, wird die Entente wohl den Anspruch aufgeben müssen, den Streit der an der mittleren und unteren Donau wohnenden Völker durch ein internationales Forum, in dem sie selber die Führung haben würde, entscheiden zu lassen. Es wird aber wichtig sein, soweit es jetzt schon möglich ist, und wird in Zukunft immer wichtiger werden, zuzusehen, in welcher Richtung der Krieg das Grundproblem der Monarchie verändert hat, inwiefern durch ihn der Wille und die Fähigkeit zur Symbiose bei den zehn Nationalitäten gesteigert worden sind. Dabei müssen wir uns vor der bequemen Selbsttäuschung hüten, daß in einem Reiche, unter dessen 51 Millionen sich 39 Millionen nichtdeutsche Menschen befinden, die Entwicklung gerade so sein werde, wie der Deutsche es gern sähe. Es wäre das möglich, man muß es aber untersuchen, und nicht bloß die Deutschen, sondern auch die anderen um ihre Ansicht befragen. Denn nach dem Kriege wird die Welt noch ganz anders als vorher von den Grundstimmungen der Völker beherrscht sein und keine Politik getrieben werden können, die den Massen verhaßt ist. Ganz gewiß ist auch bei den übrigen Nationen in Oesterreich und in Ungarn der deutsche Einfluß stark, aber besonders dann, wenn er ohne jede politische Absicht erscheint und sich als unbewußt wirkendes kulturelles und geistiges Fluidum verbreiten kann.

Schwerlich aber wird der unbefangen Prüfende finden, daß durch den Krieg bei Polen, Südslawen, Tschechen, Magyaren die Neigung, außer der Verbindung mit dem Deutschtum die mit den anderen großen Kulturnationen aufrechtzuhalten, vermindert worden sei. In den erregten Debatten des vorigen Sommers sagte im Abgeordnetenhause in Wien ein deutscher Vertreter, der für Verständigung unter den Nationen ist: „Das österreichische Problem ist heute kein österreichisches Problem, sondern es ist ein europäisches Problem und ist das Weltproblem. Es ist sicher, daß sich die gesamte auswärtige Politik immer mehr und mehr um die Frage des österreichischen Problems herumpolarisiert, und daß im Mittelpunkte aller Friedensbedingungen, aller Friedensvorschläge und Friedensdiskussionen immer mehr die österreichische Frage steht." Wahrscheinlich würde die große Mehrzahl der deutschen Volksvertreter diese Formulierung verwerfen, aber die Leidenschaftlichkeit der nationalen Selbstbehauptung war schon in der Vergangenheit keine Bürgschaft für ihren Erfolg und die politische Bedeutung der Deutschen ist in Oesterreich leider nicht so groß gewesen, daß man schließen dürfte, was sie wollen, das werde deshalb geschehen. Schon während des Krieges ist der anfangs sichtbare Einfluß des deutschnationalen Gedankens auf die Staatspolitik zurückgegangen und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn die entscheidenden Faktoren, deren Wunsch und Interesse es sein muß, den Frieden im Innern unter ihren Völkern wie den draußen in der Welt zu erhalten, sich nicht blindlings einer Partei ergeben. Das österreichische Problem ist allerdings das Weltproblem: an dieser Stelle oder nirgends muß es gelingen, Formen ausfindig zu machen, unter denen Menschen verschiedener Sprache und Art miteinander hausen können.

II.

Nationale Autonomie.

Wenn der altösterreichische Zentralismus mit seiner Schar von Völkern scheinbar besser fertig geworden ist als seine geistig so viel besser ausgestatteten Erben, der Parlamentarismus und die Demokratie, so lag das vor allem daran, daß die Mehrzahl der Volksstämme noch nicht zum bewußten Nationalleben erwacht war. Dieser alte Kaiserstaat hatte äußerlich ein deutsches Aussehen, und das war nur möglich, solange es den Slawen gefiel, in der Stellung von „Bedientenvölkern" zu verharren, wie ein deutscher Dichter sie unhöflich nannte, nämlich bis die wirtschaftlichen Umwälzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch bei ihnen einen höheren Bürgerstand und eine industrielle Arbeiterschaft erzeugten. Man hat den Begriff der geschichtslosen Nationen geprägt für solche ethnischen Gruppen, die, vorwiegend aus kleinen Bauern bestehend, ohne Führer dahin leben, ohne Adel und höhere Klassen, ohne eine wirkliche Literatur und deshalb ohne Gedächtnis für ihr nationales Geschick. In diesem Zustande befindet sich noch heute der größte Teil der Ukrainer, es befanden sich darin die Slovenen, die Kroaten und vor allem das Volk, das in Oesterreich heute den grimmigsten Kampf gegen das Deutschtum führt, das tschechische. Hunderttausende von Tschechen sind durch den Dienst in der Armee und durch die Einwanderung in die deutsche Stadt germanisiert worden, denn sie mußten mit dem Uebergang zu einigermaßen gehobenen Lebensformen deutsch werden, weil von ihrer eigenen Art noch keine solchen hervorgebracht waren. Der andere Vorteil, den die

Zeit der bureaukratischen Allmacht voraus hatte, war der ihrem Wesen anhaftende, daß sie nicht so viel und so laut sprechen mußte. Das segensreichste Gesetz wird noch irgend jemand wehtun, sei es auch einem Schmarotzer, der aus einem öffentlichen Mißstand eine Rente zieht, oder einem Reaktionär, dessen Gefühle am Ueberlebten hangen. Sowie sich aber der Egoismus mit dem Mantel der nationalen Entrüstung drapieren kann, ist sein Spiel gewonnen. Hunderte von Agitatoren nehmen sich jeder faulen und bornierten Sache an, die Verwaltung ist als parteiisch verrufen, abwechselnd bei dieser und dann bei jener Seite, die Volksvertretung wird unfähig zu beschließen. Für das Fortleben des Staates unerläßliche Gesetze hat die österreichische Regierung ganz gewohnheitsmäßig unter der Hülle von Notparagraphen auf dem Wege der Ordonnanz einführen müssen. Auch in den Unterteilen des Staates, die unter dem Namen Kronländer eine viel größere Selbständigkeit besitzen als preußische Provinzen, führt der nationale Streit zur gleichen Stockung. In dem wichtigsten Kronlande Böhmen ist der Landtag seit Jahren handlungsunfähig. Die Landesgesetzgebung ruht, weil die Vorlagen nicht erledigt werden können. Der Landeshaushalt hat ein stehendes Defizit, denn es ist nicht möglich, neue Einnahmen zu erschließen. Daher ist im Jahre 1913 eine außergesetzliche Verwaltungskommission eingesetzt worden, die ohne Ermächtigung durch die berufenen Organe einfach kraft kaiserlichen Patents Gelder erhebt. Das System kennzeichnet sich als die Anarchie, gemildert durch den Absolutismus.

Dies alles geschieht, während im hohen Beamtentum und im politischen Leben eine Fülle von Talenten vorhanden ist, die durchaus fähig wären zu reformieren. Man hat in Deutschland keine Berechtigung, mit überlegenem Mitleid auf die Wirren und Kämpfe Oesterreichs herabzusehen. Es ist wahrhaftig kein großes Verdienst, ein national gleichartiges, auf gleich hoher Kulturstufe stehendes, seit Jahrhunderten disziplíniertes Volk leidlich zu regieren. In der Berührung

mit Andersredenden, Anderswollenden versagen auch unsere Künste sehr rasch, und nach allem, was wir mit der polnischen, dänischen und französischen Minderheit erlebt haben, ist zu vermuten, daß die preußische Verwaltung es unter den gleichen Bedingungen schlechter machen würde als die österreichische. Dies vor allem deshalb, weil es bei dem herrschenden Machtaberglauben großen Kreisen der Gebildeten noch immer nicht bekannt geworden ist, daß in nationalen Fragen das Machtprinzip ganz ebenso versagt wie in religiösen. Der Stammfremde wird nicht deutscher, weil man ihm das Deutschtum an den Kopf schlägt. Diese elementare Einsicht ist in Oesterreich viel weiter verbreitet. Besondere Verdienste hat sich die deutsche Sozialdemokratie um die Erkenntnis der Nationalitätenfragen erworben; es braucht nur an die Arbeiten von Karl Renner und Otto Bauer erinnert zu werden. Die deutsche sozialdemokratische Partei ist die Wortführerin der nationalen Autonomie innerhalb des Staates. Ihr Parteitag forderte im Oktober 1917 auf den Antrag des Abgeordneten Renner, daß, nachdem im Kriege sowohl die rein bureaukratische Obrigkeitsverwaltung wie die auf Kastenvorrechten aufgebaute Scheinautonomie der Länder und Gemeinden vollständig versagt habe, Oesterreich in einen Nationalitätenbundesstaat umgewandelt werde, in dem sich das Selbstbestimmungsrecht jeder einzelnen Nation mit der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit aller Nationen versöhnen und vereinigen soll. Das Gebiet des Staates soll nicht mehr in Kronländer, sondern in national abgegrenzte, sich selbst regierende und besteuernde Kreise zerfallen. Wo gemischtsprachige Kreise gebildet werden müssen, da sollen sie mehrere national gesonderte Verwaltungskörper erhalten. Eine bevorrechtete Amtssprache gibt es nicht mehr, denn der vom Volke gewählte Beamte redet dessen Sprache. Im ganzen Staate werden sich die Kreise gleicher Nationalität zusammentun und ein gemeinsames Parlament bilden. Was allen Nationen gemeinsam ist, das haben sie dann noch in einem gemeinsamen Parlament zu erfüllen.

Die Zerlegung des Staates in Kreise ist ein alter Plan und wird aus administrativen Gründen auch von vielen bürgerlichen Politikern gefordert, weil die Kronländer zum Teil viel zu groß sind und weil jetzt die Selbstverwaltung der staatlichen ohne organische Verbindung gegenübersteht. Auf der anderen Seite könnte die nationale Autonomie auch in der Art nähergebracht werden, daß man die Kronländer in große einheitliche Sprachprovinzen aufteilt, namentlich also Böhmen in ein deutsches und ein tschechisches Land. Allein wenn auch der Kreisgedanke sich der leichteren Verwaltung halber sehr wohl durchsetzen mag, die Hauptsache, die gütliche Trennung der Stämme, sei es in dieser, sei es in jener Form, wird auf die größten Hindernisse stoßen, denn nicht bloß setzen sich die konservativen und zentralistischen Parteien zur Wehr, die nationalen Gegensätze selber stehen wie jeder andern auch dieser Schlichtung im Wege. In Böhmen wollen die Tschechen gar nicht die Deutschen in eigenen Kantonen in Ruhe leben lassen, sie wollen sie beherrschen. In Steiermark möchten die Deutschen die Slowenen nicht herausgeben. In Galizien sind Polen und Ruthenen ganz verschiedener Ansicht über den Nutzen einer reinlichen Trennung zwischen ihnen. Wie eine Reform dieser Art mit parlamentarischen Mitteln einführen? Der gute Wille muß da sein, dann wird man sich, so oder so, einigen! Und wie werden die im „Bundesstaat" vereinigten Nationen das „Gemeinsame" erledigen, das ja immer bleibt, wie hält man es mit der auswärtigen Politik, über die unter ihnen jetzt so auffallende Meinungsverschiedenheiten bestehen? Es fällt einem die Sage von den Peliastöchtern ein, die auf den Rat der Medea ihren betagten Vater in kleine Stücke zerschnitten und in einem Zaubertopfe kochten, um ihn wieder jung zu machen; unglücklicher Weise wirkte das Rezept nicht, aber der alte Herr war tot. Die deutschen Sozialdemokraten selber haben die Erfahrung machen müssen, daß die erst durch sie zum Klassenbewußtsein erweckten Proletarier der anderen Völker die Gemeinschaft mit ihnen aufgesagt und sich zu

ihren Nationalparteien gesellt haben; die Nation siegt über die Klasse! Die sozialdemokratischen Theoretiker selbst fanden für das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn das erleuchtende Wort, daß „Organgemeinschaft ohne Willensgemeinschaft" ein Unding sei. Die Demokratie ist ein weltumwälzendes Prinzip, sie allein kann die ungeheuren Kräfte entfesseln, die der moderne Staat zum Leben nötig hat; aber daß sie schon gelernt hätte, Willensgemeinschaft zwischen streitenden Nationen herzustellen, zeigt die Erfahrung noch nicht. Die in der österreichischen Politik immer wieder notwendige Jagd nach einer Formel aber hat sich zu oft als steril erwiesen, als daß von einer neuen Formel gerade Wunder zu erwarten wären. Wohl aber ist bei dem allen die Grundidee sehr zu beachten: man will trennen, so weit es nur möglich ist, nicht mehr vereinigen und durchaus nicht mischen. Nationale Scheidung von Tisch und Bett und nur noch bei den wichtigsten Anlässen ein gemeinsames Auftreten, das ist der Schlußsatz der äußersten Linken, die damit der einst freudig erhofften inneren Annäherung der Völker entsagt.

Voraussichtlich ist noch nicht sobald eine organische Lösung der alten Schwierigkeiten zu finden, man wird in hartem Kampfe von Tag zu Tag weiterzukommen suchen müssen, und wie früher bleibt der Wille der Krone sehr bedeutungsvoll. Das Wesen der Monarchie ist in Oesterreich anders als bei uns, sie hat es mit anderen Stimmungen zu tun, wurzelt in einer anderen Ueberlieferung. Den breiten Volkskreisen, soweit sie sich nicht innerlich vom Königtum abgewendet haben, erscheint der Kaiser wohl weniger als oberster Soldat und Staatsmann, mehr als eine fürsorgliche, väterliche Macht, die dem Volke gern gegen die Uebergriffe der Aemter beistehen möchte, wenn sie nur von allem wüßte. Im scharfen nüchternen Lichte des preußischen Verwaltungsalltags gedeihen solche Gefühle weniger, aber die habsburgische Politik hat sich immer darauf gestützt, sich dem gemeinen Manne zugänglich gezeigt und im Unterbewußtsein

ihrer Völker die Empfindung begünstigt, daß schließlich immer noch der Kaiser da sei, der schon Ordnung machen werde. Man hat seit Jahren von einem „Cäsarismus" gesprochen, der sich in Oesterreich wie in Ungarn der Parole der nationalen Autonomie bemächtigen und sie mit seinen Machtmitteln gegen den Willen der bevorrechteten Stämme durchführen werde. Wenn wir statt jenes Wortes, das auf eine alte Dynastie nicht gut anwendbar ist, „Volkskaisertum" sagen, so werden wir der Tradition wie dem Heute vielleicht gerechter. Auch an dem jungen Herrscher wird der Eifer bemerkt, mit dem er das Fühlen der unteren Volksklassen und aller einzelnen Nationalitäten zu verstehen sucht. Aber auch die Selbstverständlichkeit, mit der sich hier der Herrscherwille durchsetzt, ist merkwürdig. Ein so mächtiger Minister wie Graf Tisza mit einer überwältigenden parlamentarischen Mehrheit hinter sich konnte sich davon überzeugen, und in der diesseitigen Reichshälfte bestand längere Zeit ernstlich die Absicht, der nationalen Streitfrage von obenher, durch „Octroi", ein Ende zu machen, womit sie freilich wieder bloß mechanisch und zeitweilig erledigt gewesen wäre.

III.

Die zweite Nation Oesterreichs.

Unter den Völkern Oesterreichs stehen die Tschechen an Zahl, Kultur und wirtschaftlicher Kraft den Deutschen am nächsten. Es gab nach der Zählung von 1910 in der Reichshälfte, die man mangels eines besseren Namens als die zisleithanische bezeichnet, 9 950 000 Einwohner mit deutscher und 6 436 000 mit tschechisch-slowakischer Umgangssprache. Von tausend Oesterreichern sind 355 Deutsche und 230 Tschechen. In Böhmen wohnen 2½ Millionen Deutsche und gegen 4½ Millionen Tschechen; in Mähren, welches das tschechischeste Land ist, sind es nur dreiviertel Millionen gegen fast zwei Millionen Tschechen und Slowaken. Ob diese beiden Stämme ohne weiteres als ein Volk anzusehen sind, mag sich fragen. Die tschechischen Politiker behaupten es, aber ruhige Gelehrte geben im Vertrauen zu, daß immerhin ein großer Unterschied im Dialekt und in der Volksart zwischen ihrer Nationalität und nicht bloß den ungarischen, sondern auch schon den mährischen Slowaken bestehe. Der Grad dieser Verwandtschaft wird jetzt wichtig, denn im Königreich Ungarn gibt es über zwei Millionen Slowaken; es handelt sich somit im ganzen um gegen neun Millionen, ein ansehnliches Volk. Die früher in Ungarn gemachten Versuche, eine eigene slowakische Zivilisation und Literatursprache zu entwickeln, sind nicht geglückt; die höhere Intelligenz dieses kleinbäuerlich-proletarischen Stammes ging früher oft zu den Magyaren über und wendet sich sonst dem Tschechentum zu. Unter den geistigen Führern des tschechischen Volkes sind von Alters her viele Slowaken gewesen, so im 17. Jahrhundert der berühmte Amos Comenius, später

der Sprachforscher Schafarik, der Geschichtschreiber Palacky, der Philosoph und Politiker Masaryk. Die Tschechen betrachten natürlich vor allem „die drei böhmischen Länder", Böhmen, Mähren und das österreichische Schlesien als ihren rechtmäßigen Besitz; in dem letzteren Lande bilden sie nur eine Minderheit, 180 000 gegen 325 000 Deutsche und 235 000 Polen. Aber auch das wirklich tschechische Sprachgebiet ist in diesen drei Kronländern zusammen immer noch kleiner als das Königreich Böhmen allein. Den Kern der geschlossenen tschechischen Siedelung bildet das Ackerland Mittelböhmens; die Randgebiete sind von Deutschen bewohnt; in Mähren hausen beide Völker durcheinander gemischt.

Bis vor zwei Menschenaltern waren die Tschechen ganz überwiegend ein Bauernvolk; soweit städtische Bevölkerung vorhanden war, befand sie sich in den Verhältnissen des kleinen Bürgertums. Wer aufstieg, germanisierte sich leicht. Es gab bereits einen nationalen Gegensatz, aber noch nach 1848 war der tschechische Patriotismus mehr eine Literatenbewegung. Außerdem beliebte es einem Teile der hochadeligen Latifundienbesitzer deutscher Abstammung, mit den Tschechen zu gehen, weil sie als Anwälte der „unverjährbaren Rechte des böhmischen Volkes" gegen die liberalisierende Wiener Bureaukratie leichter auftrumpfen konnten. Die Städte waren deutsch und auf dem Lande hat sich, wie Rauchbergs große Untersuchungen über den nationalen Besitzstand in Böhmen gezeigt haben, die Sprachgrenze in Jahrhunderten kaum verschoben. Erst die Industrie brachte in diese Verhältnisse einen völligen Umschwung. Auch sie war zunächst ganz deutsch, weil Kapital und technische Bildung nur bei den Deutschen zu finden waren. Aber der Händebedarf der Fabrik zog den Menschenüberschuß der tschechischen Landbezirke in die deutschen Gegenden, und von unten her hob sich aus der Menge der Arbeiter und Kleinbürger allmählich auch bei den Tschechen eine Unternehmer- und Intelligenzschicht herauf. Heute sind die Tschechen das zweite Industrievolk

der ganzen Monarchie; in Oesterreich ist von allen Industrietätigen die Hälfte deutsch, ein Drittel tschechisch. Schon nach der Berufszählung von 1900 waren im Fabrikwesen von je 1000 Deutschen 182 „Selbständige" und 731 „Arbeiter"; bei den Tschechen waren es 157 und 764. Man sieht, es ist keineswegs etwa so, daß die Deutschen überwiegend die Unternehmer wären und die Tschechen ihre Arbeiter. Wohl war vor dem Kriege die eigentliche schwere Industrie noch vorwiegend im Besitz des älteren Volkes; Eisen, Stahl, Kohle sind in Böhmen großenteils in deutschen Händen. Hingegen hatte sich die tschechische Textilfabrikation zu großer Bedeutung entwickelt; ein Viertel aller österreichischen Webstühle gehörte den Tschechen. Im Kriege selbst hat sich die Bedeutung der tschechischen Industrie noch ganz erheblich gesteigert, weil sie ebenso wie die deutsche Riesenaufträge erhielt. Zum Unterschiede von den Deutschen aber haben die Tschechen nicht die Kriegsanleihen gekauft, sondern ihre Kriegsgewinne dazu verwendet, ihre wirtschaftliche Stellung immer fester zu gründen. Wie es scheint, haben sie in Mähren und Schlesien große Grundbesitzkäufe vorgenommen, und man wird mit der Ausbildung einer eigentlichen schweren Industrie bei ihnen rechnen müssen.

Wie wir es von den preußischen Polen wissen, arbeitet eine rührige und ausgezeichnet geleitete Genossenschafts- und Bankpolitik für die wirtschaftliche Hebung des ganzen Volkes. Die Industrialisierung wäre nicht möglich gewesen, wenn man nicht den Handel planmäßig in tschechische Hände übergeleitet hätte. Vor vierzig Jahren war der Handel noch deutsch; die Detailgeschäfte waren gewöhnlich in den Händen der Juden, die durchaus mit deutschen Lieferanten arbeiteten und deshalb die Erzeugnisse der deutschen Industrie in den tschechischen Konsum brachten. Dann rissen die Tschechen erst das Kleingeschäft an sich und sicherten auf dieser Grundlage einem nationalen Großhandel, einer nationalen Industrie die Abnehmerschaft. Vielfach war der Hergang so, daß die Juden durch wirtschaftlichen Zwang genötigt

wurden, sich zu vertschechen; übrigens mußten ja schon Schule und Umgebung den Nachwuchs oft zur tschechischen Gemeinschaft hinführen. Von der einst durchaus deutschsprechenden böhmischen Judenschaft bekennen sich jetzt ungefähr sechzig Prozent zur tschechischen Sprache. Hier mag ein Wort über die allgemeine Judenpolitik des österreichischen Deutschtums am Platze sein. Andere Nationen suchen, wenn sie hart bedrängt sind, Bundesgenossen zu werben, wenigstens werden sie sich darbietende nicht ohne Not zurückstoßen. Die Deutschen machen es anders. Sie verlieren Position nach Position an die Slawen, das hindert sie aber nicht, sich auch mit allen anderen zu verfeinden. Der Antisemitismus hatte einmal in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Oesterreichs eine gewisse Begründung, und soweit Lueger und die Seinen gegen bedenkliche Erscheinungen namentlich im Wiener Judentum kämpften, haben sie in einem bestimmten Grade das Recht auf ihrer Seite gehabt. Aber es dürfte, wenn es eine nationale Disziplin gäbe, nicht jedem Spießbürger erlaubt sein, seinem schwer bedrohten Volke ohne Not immer neue Gegner zu erwecken. Ein politischer Sinn ist mit dem antisemitischen Toben nicht mehr verbunden. Man kann in den national gefährdeten Bezirken keine Deutschen an die Stelle der Juden bringen. Wohl aber kann man Schwankende unter diesen auf die Seite der Slawen treiben und damit deren wirtschaftliche und politische Kraft stärken. Das Deutschtum in Prag und einigen anderen böhmischen und mährischen Städten besteht zum allergrößten Teile aus Juden; an diesen viel mehr als an den alldeutschen Studenten, die mit bunten Farben auf dem Prager Graben zur Erbitterung der Tschechen den berühmten „Bummel" abhalten, hängt das Dasein der deutschen Sprache in der Hauptstadt Böhmens. Bei den tschechischen Chauvinisten herrscht großer Grimm darüber, daß in Prag sich immer noch eine deutsche Insel erhalten kann. Als die Armee des Großfürsten Nikolaj dicht bei Krakau stand und mit dem Verlust dieser Stadt gerechnet werden mußte, glaubten die tschechischen Fanatiker, daß auch

das Schicksal Prags schon besiegelt sei; einige von ihnen gingen mit dem Plane um, bei dem erhofften Einzug der Russen einen Judenpogrom zu veranstalten, um gleichzeitig die Juden wegen ihrer deutschen Gesinnung zu bestrafen und die Befreier in einer kongenialen Weise zu feiern.

Der gesellschaftliche Aufbau dieses Volkes ist somit heute dem des deutschen schon sehr ähnlich. Das tschechische Volks- und Hochschulwesen, der landwirtschaftliche und technische Unterricht, die Kunst- und Musikpflege sind einer hochkultivierten Nation würdig. Von alledem weiß man bei uns zu wenig. (Ein vielfach unterrichtendes Buch in deutscher Sprache, bestehend aus Beiträgen mehrerer Fachmänner, ist von dem tschechischen Abgeordneten Tobolka unter dem Titel „Das böhmische Volk" während des Krieges herausgegeben worden.) Die große österreichische Presse, welche einen dankbaren Beruf darin sehen könnte, die deutsche Welt über Kultur und Wirtschaftsleben der anderen zu ihrem Reiche gehörenden Nationen fortlaufend zu informieren, versagt sich dieser Aufgabe. Und doch werden wir Deutschen uns entschließen müssen, die Völker Mittel- und Osteuropas viel besser kennen zu lernen als bisher; totschweigen werden wir sie nicht. Auch germanisieren werden wir die Tschechen nicht; jeder Gedanke daran ist eitel. Aber daß *sie* unsere Volksgenossen in Böhmen und Mähren nicht tschechisieren, ist lebenswichtig für alle Deutschen, nicht bloß die in Oesterreich. Noch wird eine Reihe scheinbarer Bollwerke verloren gehen, welche die Deutschen heute inne haben, weil sie als die Wohlhabenderen von der plutokratischen Länder- und Gemeindeverfassung begünstigt sind. Städte, deren Verwaltung jetzt noch deutschen Anstrich hat, werden tschechische Magistrate bekommen, weil die Mehrheit der Einwohnerschaft aus Tschechen besteht und das natürliche Schwergewicht sich einmal durchsetzen muß. Im Kronlande Schlesien haben die Deutschen die Minderheit gegen Tschechen und Polen zusammen, im Landtage aber eine große Mehrheit an Stimmen. Auf die Dauer werden diese Reste der einstigen deutschen Vorherr-

schaft kaum haltbar sein, es muß dahin kommen, daß Nation gegen Nation auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung steht. Doch die Tschechen wollen weitergehen und unverlierbaren, in tausendjähriger Kulturarbeit errungenen Besitz des deutschen Volkstums durch den Mißbrauch politischer Mittel an sich reißen. Allein sie werden bittere Erfahrungen machen, wenn es zum wirklichen Machtkampfe kommt, denn die Macht der deutschen Gesamtnation ist unendlich viel größer als die der tschechischen und der slowakischen obendrein.

Mehr als je sind heute die Köpfe des Tschechenvolkes verwirrt von wilden Machtträumen. Der nationale Radikalismus hat die volle Herrschaft erlangt. Lärmend genug ist er auch bei den Deutschen, der Unterschied ist nur, daß die Deutschradikalen die deutsche Parteigemeinschaft in Stücke sprengen, während unter den Tschechen der Nationalismus wenigstens vorläufig einigend wirkt. Die Deutschen teilen sich politisch überhaupt in drei Gruppen, Christlichsoziale, Sozialdemokraten und eine nicht geringe Zahl kleiner Fraktionen dazwischen. Diese letzteren, ein Haufe von für sich ohnmächtigen Zwergparteien, waren im „Deutschen Nationalverbande" vereinigt, einem schwerfällig arbeitenden Block, der aber immerhin der Politik des Deutschtums ein Rückgrat gab. Im vierten Jahre eines Krieges, in dem das Leben der deutschen Nation aufs schwerste bedroht ist, haben die radikalen Deutschen den Nationalverband verlassen und damit auseinandergerissen. Politische Streitigkeiten, deren Wichtigkeit dem weniger Eingeweihten nicht einleuchtet, wie es scheint auch persönliche Zänkereien führten zu diesem Zusammenbruch und gewährten den feindlichen Zuschauern das gewohnte Bild deutscher Zwietracht; das Aergernis bleibt, wenn auch eine neue Kombination an die Stelle des alten Verbandes tritt. Bei den Tschechen war es anders. Je mehr der rabiate Nationalismus vom Verlaufe des Krieges als unsinnig aufgedeckt wurde, desto hartnäckiger verbiß sich das ganze Volk in sein „Staatsrecht". Neunzig Prozent der Tschechen sind einem Chauvinismus verfallen, der seine Hoffnung noch

immer auf die schließliche Niederlage der Mittelmächte setzt. Von diesem Paroxysmus werden sie eines Tages zurückkommen, heute aber wird das Volk von den Fanatikern beherrscht und die gemäßigte Richtung darf den Kopf nicht erheben. Die bürgerlich-demokratische Jungtschechenpartei ist ganz in die Hände der Phantasten geraten. Bei den tschechischen Sozialdemokraten sind diejenigen Männer, die im Verdachte der Mäßigung und des Oesterreichertums stehen, aus dem Vorstand verdrängt und durch Extreme ersetzt worden, Auch die agrarische Gruppe, jetzt die bedeutendste, geht mit den Chauvinisten, und die Bauern sollen noch radikaler sein als die Industriearbeiter. Der wilde Hussitengeist scheint wieder über das Volk gekommen zu sein. Ist es nicht bezeichnend, daß vor einiger Zeit im Reichsrate die tschechischen Agrarier den Antrag einbrachten, grundlegende Einrichtungen der katholischen Kirche aufzuheben, vor allem das Patronatsrecht und das Zölibat, „welches eine schwere und unerträgliche Bürde für den größten Teil der Priester ist"? Zwei katholische Geistliche, die Abgeordneten Zahradnik und Vacek, haben diesen Antrag unterzeichnet, der eine Demonstration gegen die Kurie ist; denn die Tschechen verübeln ihr, daß sie Frieden stiften wollte, ohne sich der Beschwerden des tschechischen Volkes zu erinnern. Diese ganze Politik ist sehr falsch, sie kann nur mit schwersten Enttäuschungen enden. Allein im Leben der Nationen gibt es wie in dem der Individuen Augenblicke, wo jeder Verständigkeit abgesagt wird und die schäumende Leidenschaft alles fortreißt. In solchen Zeiten kommt aber das geheime Denken und Wünschen zutage, und das ist das Lehrreiche an den jetzigen Vorgängen. Die Lippen sind den Tschechen erst gelöst worden durch die russische Revolution. Wir werden lernen müssen, dieses weltgeschichtliche Ereignis noch nach ganz anderen Maßstäben zu werten als nur danach, inwieweit es uns dem Frieden näher brachte. Das Zarentum war eine furchtbare militärische Gefahr. Die Demokratie in Rußland, einerlei, wie groß ihre bewaffneten Leistungen zu-

nächst sein mögen, einerlei, welche Gebiete ihr verloren gehen, hat die ganze Atmosphäre verändert, in der die Menschheit lebt. Die Völker ostwärts von uns hören danach hin und ahnen von dorther eine neue Zeit. Es ist nicht gesagt, daß sie glauben, diese neue Zeit werde für sie sogleich und ohne Opfer kommen. Man hat es für weise gehalten, den Tschechen nationale Märtyrer zu geben, und das Martyrium wirkt ansteckend. Die Idee ist, sich vorzubereiten, Prüfungen zu ertragen, bis die große Stunde kommt. Der zum Tode verurteilte, dann unvermittelt aus dem Gefängnis entlassene Dr. Kramarsch, der bei seiner Heimkehr vom Kerker mit königlichen Ehren von seinem Volke empfangen wurde, hat es kürzlich ausgesprochen: „Solange die Weltkatastrophe nicht gekommen war, haben wir die Politik eines fortschreitenden Vorgehens vertreten; heute aber wäre eine solche Politik der Nation unwürdig. Jedes Zögern, jedes Wanken, irgendein Sich-zufrieden-geben mit einer Reform des Bisherigen wäre eine Schwächung der Lebenskraft, des einigen Willens des gesamten tschecho-slowakischen Volkes. Auch die Programme der Zukunft nach dem Kriege brauchen unsere Einigkeit nicht zu stören. Niemand kann sie abstecken, niemand kennt die neuen Verhältnisse und Fragen. Wir müssen uns nur auf deren Lösung vorbereiten, um nicht im Augenblicke ernster schicksalsvoller Entscheidungen unfertig dazustehen."

IV.

Der tschechische Imperialismus.

Um die ganze Wirkung zu begreifen, welche die Staatsumwälzung der russischen Republikaner auf die Tschechen geübt hat, muß man bedenken, daß der Kampf um ihr Volksrecht von dieser demokratischen Nation immer auch als Kampf für soziale und politische Freiheit gefühlt wird. Im Deutschtum haßt sie nicht bloß den Stammesfeind, sondern die Stütze des ständischen und autoritären Geistes. Das tschechische Bürgertum ist unabhängig und unerschrocken. „Von den Deutschen, klagte mir ein bedeutender österreichischer Staatsmann, werden die Regierungen beständig mit Bitten um Verleihung von Hofrats- und Adelstiteln oder um die Berufung ins Herrenhaus überlaufen. Die Tschechen betteln um keine Gunst und halten den Rücken gerade.“ Der Klassen- und Studiertenhochmut ist auch nicht so ausgebildet, die Volksgenossen stehen sich näher. In vielem geht die Antipathie des Tschechen gegen den Deutschen auf dieselben Wurzeln zurück wie die irische gegen den Angelsachsen; und das Schicksal Böhmens war dem von Irland nicht unähnlich. Etwas eher, als die Puritaner die irische Selbständigkeit zerbrachen, die großen keltisch-katholischen Häuser vertrieben und den geraubten Boden an englische und schottische Glücksritter verschenkten, wurden Böhmen im Dreißigjährigen Kriege nach der erfolglosen tschechisch-evangelischen Auflehnung seine Rechte genommen und mit den konfiszierten Gütern des einheimischen Adels jene militärischen Abenteurer ausgestattet, welche bestimmt waren, Stammväter eines großen Teils der regierenden Familien Oesterreichs zu werden. Von

da an wurden die Tschechen ein höriges, ein geschichtsloses Volk. Die Besitzer der ungeheuren böhmischen Latifundien waren deutsch, bis nach mehr als zweihundert Jahren ihr feudaler Vorteil viele von diesen Fürsten und Grafen dazu bewog, aus deutschen Zentralisten tschechische Staatsrechtler und Föderalisten zu werden. Erst im Weltkriege wurde der „konservative Großgrundbesitz" wiederum in seiner Tschechenfreundlichkeit irre, teils weil der Radikalismus des tschechischen Landvolkes, der vor den großen Domänen wohl kaum Halt machen würde, ihm nicht mehr gefiel, teils auch, weil die „gewissen Erscheinungen" unter den tschechischen Truppen und das ganze Benehmen des Tschechentums den Zorn des alten Kaisers erregten, so daß ein monarchisch und dynastisch empfindender Adel seine Haltung zu revidieren Grund hatte. Die böhmische Landtagspartei des konservativen Großgrundbesitzes fiel auseinander und die Welt vernahm, daß der tschechophile Hochadel wieder deutsch geworden sei; in Anerkennung dessen wurde ein Herr aus diesem Kreise, der Graf Clam-Martinic, Ministerpräsident. Mittlerweile aber hat sich ein neuer Umschwung vollzogen: die konservative Großgrundbesitzerpartei nimmt unter der alten Leitung ihre alte Politik wieder auf. Einer ihrer obersten Führer, Fürst Friedrich Lobkowitz, hat im Herrenhause das Programm entwickelt: voran die unentwegte, bedingungslose Treue zu dem kaiserlichen Herrn und der Dynastie; darauf Revision der Verfassung, aber unter dem Gesichtspunkt, daß nicht der Staat vor den Nationen komme, sondern daß die Nationen das Primäre im Staate seien. Zwar sind inzwischen die Tschechen sicherlich nicht staatstreuer geworden, aber der Hochadel mag den Weg gefunden haben, die Liebe zum Herrscherhause mit der Liebe zum tschechischen Volke zu versöhnen. Oesterreich, so wünscht er, soll sich in einen Bundesstaat umwandeln, in dem die Selbstbestimmung der Völker und das böhmische Staatsrecht verwirklicht sind.

Was ist denn nun dieses böhmische Staatsrecht, für das hochkonservative Fürsten und demokratische Fabrikarbei-

ter Schulter an Schulter kämpfen? Es ist im Grunde eine gelehrte Fiktion, hat aber in fünfzig Jahren eines leidenschaftlichen Emanzipationskampfes die Herrschaft über die Phantasie des Volkes gewonnen, das jetzt der Meinung ist, Böhmen, Mähren und Schlesien hätten einst ein völlig unabhängiges Tschechenreich gebildet, bis die Deutschen kamen und brutal alles zertraten. In Wahrheit war der alte Böhmenstaat nicht souverän, sondern ein Glied und Lehen des Deutschen Reiches, während Mähren und Schlesien wiederum zu Böhmen in einem gewissen Lehensverhältnis standen. Die Deutschen kamen auch nicht als Eroberer ins Land, sondern von den alten slawischen Fürsten gerufen, um als Landwirte und Kulturpioniere Böhmen aus der Barbarei zu heben. Alles dies wird teils vergessen, teils gefälscht. Das würde für gewöhnlich nur die Historiker angehen, da aber die Tschechen mit ihrem Staatsrecht bis nach Amerika fahren und den empörten Demokraten dort urkundlich „beweisen", was für ein bitteres Unrecht die Anwesenheit der Deutschen in Böhmen sei, so läßt sich ein Wort über diese historische Merkwürdigkeit nicht vermeiden. Im ganzen ist es auffallend, mit welchem Aufwand an Vergangenheitsmaterial die Agitatoren in Oesterreich und Ungarn arbeiten. Die Ungarn sind mit ihrem eigenen Staatsrecht so gut gefahren, daß sie bei anderen Nacheiferung hervorgerufen haben. Man gerät öfters in Erstaunen, von Tagespolitikern Daten aus dem 17. und 18. Jahrhundert als Beweisgründe in heutigen Streitfragen anführen zu hören. Bei uns ist dies seit Friedrich Wilhelm IV. nicht gerade üblich. Der moderne Deutsche ist ungeschichtlich gestimmt, er fragt bei jedem Dinge, warum es da sei und gerade so sein müsse, und mag als Antwort nicht von einem alten Pergament hören.

Die Politik der Tschechen war nicht immer so intransigent wie jetzt. Selbst Dr. Kramarsch, heute ihr ungekrönter König und der unbedingte Feind eines Staates, der ihn freilich schwer beleidigte, hat in früherer Zeit erkannt und ausgesprochen, daß ihre Lage mitten in Europa die Tschechen

zwinge, „in einem starken, innerlich gesunden Oesterreich“ die Bürgschaft ihrer Zukunft zu suchen. Er verwarf damals den staatsrechtlichen Radikalismus und erklärte es für notwendig, nach einer Form befriedigenden Zusammenlebens mit den Deutschen zu suchen; von den Fanatikern wurde er deswegen sogar der „Liebe zu Wien“ beschuldigt. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges ist Kramarsch wegen seiner Beziehungen zu feindlichen Politikern von militärischen Richtern des Hochverrats für schuldig befunden worden. Konnte man jemals an die Vollstreckung dieses Todesurteils denken? In Kramarsch verkörperte sich die tschechische Nation, und man kann nicht ein ganzes Volk mit dem Brandmal stempeln, wenn man wieder mit ihm in Beziehung treten muß. So vermochte der russische Despotismus einst mit den Polen zu verfahren, aber er ließ sie auch nicht wählen und verlangte von ihnen nicht die Bewilligung seiner Budgets. Noch zuletzt, bei dem siegreichen Vorstoß gegen die Italiener haben tschechische Offiziere und Soldaten durch ihre Mitteilungen an den Feind das Heer in die größte Gefahr gebracht, aber in offener Delegation des Reichs sprach es kühn ein tschechischer Vertreter aus, daß sein Volk sich bewußt sei, „für fremde Interessen“ kämpfen zu müssen. Umgekehrt hat später die dem Dr. Kramarsch gewährte Amnestie die Deutschen tief verletzt. Seine an keinerlei Sicherheiten geknüpfte Freilassung ermutigte die tschechischen Extremen ungeheuer und machte die staatstreuen Gruppen mundtot. Die gemäßigten Richtungen unter den österreichischen Völkern werden immer zunichte, weil sie sich nicht auf die Standhaftigkeit der Regierenden verlassen können. Bei irgend einer der unabläßigen Drehungen des politischen Glücksrades bekommen wilde Radikale plötzlich in den Schoß geworfen, worum die Wohlmeinenden Jahre vergeblich gebeten haben, und diese spielen dann vor ihrem Volke eine lächerliche Figur. Mit den Tschechen hätte es vielleicht noch während des Krieges zu einer den Staat und die Deutschen befriedigenden Einigung kommen können. Verhandlungen haben stattgefunden und

sind aussichtsvoll verlaufen. Vielleicht tragen die deutschen Radikalen die Mitschuld daran, daß die Gelegenheit nicht besser benutzt wurde, vielleicht war die Regierung unfähig. In jedem Falle ist bei den Tschechen die versöhnliche Stimmung gänzlich umgeschlagen. Im Mai 1917 gab der „tschechische Verband" im Reichsrate die Erklärung ab, daß er das heutige Oesterreich verwerfe, die dualistische Verfassung des Reichs beseitigt und die gesamte Monarchie in einen Bund von freien und gleichberechtigten Nationalstaaten umgegliedert sehen wolle.

Nun wird nach dem Kriege die Stimme der Vernunft auch bei den Tschechen wieder Eingang gewinnen. Wenn das Volk sieht, daß ihm seine Freunde in der Entente nichts helfen können, so wird es sich allmählich wieder in die Wirklichkeit einleben Man darf aber nicht den Fehler machen, die Dinge, die geschehen sind, als Symptome vorübergehender Stimmung auszugeben; wird doch versucht, die schrecklichen Vorkommnisse in der Armee auf vereinzelte Individuen zurückzuführen, während es im ganzen gut bestellt gewesen sei. Die Zeit ist zu schwer, um sich in Selbsttäuschung zu wiegen; auch uns in Deutschland gehen diese Verhältnisse recht nahe an. Ein fähiger jüngerer deutscher Politiker, der Abgeordnete Dr. von Lodgman aus Böhmen, hat das Problem so gefaßt: „Es kann Oesterreich in Hinkunft keine ausschließlich deutsche Politik machen. Es liegt mir sehr viel daran, daß Deutschland erkennt, daß wir auf die Dauer als sein einziger Bundesgenosse nicht standhalten können. Es handelt sich um große europäische Probleme, es handelt sich darum, ob wir Deutschland soundso viele Millionen slawischer Bajonette werden zur Verfügung stellen können — das, fürchte ich, werden wir in Zukunft nicht mehr können. Die Verhältnisse sind derart gestaltet, daß in Zukunft an eine Beibehaltung der jetzigen großen politischen Systeme nicht wird gedacht werden können." Nie wieder wird das Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung verstummen. Wohl haben

viele Völker noch zu lernen, daß ihr Selbstbestimmungsrecht Grenzen haben müsse. Wenn die Unabhängigkeit der Tschechen, deren Siedelung mit dem Wohnraum der deutschen Nation untrennbar zusammenhängt, soweit gehen soll, daß sie eine Lebensgefahr für die Deutschen bildet, dann wird die Selbstbestimmung der großen Nation die der kleineren aus dem Felde schlagen, nicht nur durch Macht, sondern von Rechtswegen. Allein wir werden uns vor dem Elementarfehler hüten, in diesen Bewegungen immer noch bloße Marotten oder nichtsnutzige Intrigen zu sehen. Große Weltvölker verfallen gelegentlich in die irrige Meinung, die kleineren Nationen müßten sich, geblendet vom Glanze der Fünfzig- und Achtzigmillionenkulturen, eigentlich wohl vorkommen, als ob sie in Hinterhäusern lebten. Dies ist eine optische Täuschung schlimmster Art. Jede reif gewordene Nationalkultur ist ein in sich geschlossener Kreis und genügt sich selbst vollkommen. Den Tschechen beunruhigt der Gedanke, daß Goethe und Heine vielleicht größere Dichter sind als Kollar und Vrchlicky, nicht im geringsten; ihn füllt *seine* Poesie, seine Geschichtschreibung, seine Literatur aus. Staaten aber, die aus ganz verschiedenen Völkern bestehen, können nur gedeihen, wenn der giftige Dunst der gegenseitigen Nichtachtung und Verhetzung einer reineren Atmosphäre weicht. Mit anderen Worten, ohne Wandlung der Geister ist die der Verfassungen gar nicht möglich und alles bloße Kurieren mit Paragraphen ist eitel. Um jedoch in seinen Völkern einen besseren Geist zu wecken, ist Oesterreich selbst zu klein, dies kann nur eine veränderte Menschheitstimmung leisten. Bleibt der rasende Haß von Volk gegen Volk draußen in der Welt vorhanden, so ist auch von den Tschechen und Südslawen nicht viel zu hoffen.

Einstweilen sind die tschechischen Führer jedenfalls noch von einer heftigen Psychose beherrscht. Nicht allein das böhmische Staatsrecht wollen sie haben, sie sind in der Einbildung zum erobernden Imperialismus vorgeschritten und annektieren in der Stube Gebiet anderer Länder. Sie ver-

langen für ihren Phantasiestaat jetzt auch noch die nördlichen, von Slowaken bewohnten Komitate Ungarns. Sie verlangen die Grafschaft Glatz und andere Teile von Preußisch-Schlesien. In ihrer führenden Zeitung „Narodni Listy" wurde eine Skizze des neuen tschechischen Staates veröffentlicht, der danach 130 000 Geviertkilometer groß sein würde, ungefähr soviel, wie die süddeutschen Staaten zusammen. Uns in Deutschland ließ alles das verhältnismäßig kühl, in Ungarn aber hat man sich darüber sehr erregt. In der Tat zeigt es die ganze Verstiegenheit, in der die tschechischen Politiker leben, daß sie außer der deutschen auch noch die erbitterte Gegnerschaft der Magyaren herausfordern. Damit aber greift die österreichische Politik in die ungarische hinüber. Der Bau des Habsburgerreiches ist wie ein künstliches Uhrwerk, in dem jedes Rad oder Rädchen mit seinen Zacken das nächstliegende antreibt, hie und da auch wohl hemmt. Hier also verzahnt sich der tschechische Imperialismus mit der ungarischen Staatlichkeit, wodurch das ganze ein noch verwickelteres Aussehen erhält.

V.

Der Staat der Gentry.

Wer nach Beweisen dafür sucht, daß nicht immer nackte physische Macht die Grundlage eines großen politischen Einflusses sein müsse, der wird an dem Erfolge der Magyaren nicht vorübergehen können. Ein der Rasse und Sprache nach in Europa isoliertes, an Zahl kleines Volk — die Zuverlässigkeit und das Zustandekommen ungarischer Volkszählungen bleiben hier unerörtert — hat es dank einem ungewöhnlichen Talent zum Herrschen vermocht, sich in einem mächtigen Reiche die bevorzugte Stellung und dadurch einen hohen Rang in der Politik der Welt zu verschaffen. Kürzlich sind es fünfzig Jahre gewesen, seitdem die Leiter des magyarischen Herren- und Politikerstandes ihrer revolutionären, noch kurz zuvor blutig niedergeschlagenen Nation durch den „Ausgleich" diese günstige Lage zu sichern wußten. Als der Ausgleich geschlossen wurde, ahnten die Dynastie und ihre Ratgeber nicht, was sich daraus entwickeln würde. Der Hof, gewohnt, die eine Verfassung durch kaiserliches Edikt von der anderen abgelöst zu sehen, mochte sich in die Täuschung einwiegen, daß, wenn die neue Konstitution einmal unbequem werden sollte, schon wieder Rat zu schaffen sein würde. Diese Illusion war nicht unbegreiflich, denn noch hatte außer in England und Frankreich der Absolutismus keinen ernsthaften Waffengang auf dem parlamentarischen Boden auszufechten gehabt. Noch konnte die Generals- und Geheimratsweisheit glauben, sie werde dennoch immer Herr im Hause sein. Aber die überlegene Stärke der parlamentarischen Regierungsform über die bloß bureaukratische hat sich alsbald erwiesen und ist in dem Verhältnis zwischen den

beiden selbständigen Reichshälften fortwährend zutage getreten. Während Ungarn einen straff geführten, zur Sicherung der Staats- und Volksrechte entschlossenen Reichstag besitzt, konnte Oesterreich es nie zu etwas derartigem bringen und mußte es deshalb hinnehmen, daß seine Ansprüche wieder und wieder den ungarischen geopfert wurden. Die Politik des Gesamtreichs war überhaupt nur durch das Einverständnis zwischen der Krone und der ungarischen Reichstagsmehrheit oder deren Führern gesichert. Daraus ergibt sich die Frage, was geschehen wird, wenn in Zisleithanien jemals ein willenskräftiger Parlamentarismus zum Leben kommt. Der französische Schriftsteller Louis Eisenmann stellt in seinem ausgezeichneten Buche über den österreichisch-ungarischen Ausgleich sogar die These auf, daß die Impotenz des Reichsrats und der maskierte Absolutismus in Oesterreich die unerläßliche Bedingung für das Bestehen der dualistischen Verfassung seien. So betrachtet, würde eine ehrliche Versöhnung unter den österreichischen Nationen die Lage eigentlich erst ganz unhaltbar machen und zum wirklichen und entscheidenden Streit mit Ungarn führen. Die Krankheit des österreichischen Staates wäre die Grundlage der Existenz des Reichs! Der Kampf der Völker Oesterreichs scheint auf einem Punkte zu sein, wo er wie bisher nicht fortdauern kann. In irgend einer Weise aber wird die zu erhoffende Erstarkung auf das Verhältnis zu Ungarn zurückwirken.

Es erhebt sich jedoch auch die Frage, ob denn die Bahn der ungarischen Politik selbst mit Naturnotwendigkeit dieselbe bleiben werde wie bisher. In der Staatenehe, welche die Doppelmonarchie darstellt, ist Ungarn als der männliche Teil anzusehen. Das entspricht der Energie des magyarischen Charakters, der mit einem feurigen Patriotismus eine sehr nüchterne Erwägung des Erreichbaren und Nützlichen zu verbinden weiß. Aber die magyarische Rasse füllt das Staatsgebiet bei weitem nicht aus, und in dem herrschenden Volke ist es im wesentlichen eine allerdings zahlreiche Klasse, deren Verdienst der glänzende politische Aufstieg Ungarns ist. Der

Grundadel, der sich gern „die Gentry“ nennen hört, ist der Erbauer dieses Staates gewesen. Seine Herrschaft über das Land wurde nicht, wie die des ostelbischen Kleinadels, im Bunde mit dem militärisch-bureaukratischen Absolutismus, sondern im Kampfe mit ihm begründet; darum sind noch heute in Ungarn selbst die radikalen Strömungen in geheimer Sympathie mit diesem mannhaften Stande großer und kleiner Herren, der für die Freiheit nicht nur tapfer geredet, sondern tapfer geblutet hat. Es fehlt an einer entschiedenen bürgerlichen Opposition gegen die regierende Klasse. Freilich fehlt es überhaupt noch an einem kräftigen Bürgerstande, zum mindesten ist darin die wurzelecht nationale Schicht nur dünn. Die Städte sind nicht magyarisch, sondern magyarisiert, sie bestehen aus mehr oder weniger assimilierten deutschen und zum sehr großen Teile aus jüdischen Elementen. Die mit dem vollen Druck des Staates betriebene Nationalisierung der Stammfremden sieht es besonders darauf ab, die Mittelklassen für das Magyarentum zu erobern, das für sich selber zu schwach an Zahl wäre, einen ausreichenden Stand von Studierten und wirtschaftlichen Leitern hervorzubringen, und das doch die höheren Berufe nicht ohne Gefahr den anderen Völkern überlassen kann. Diese in ihren Methoden nicht zimperliche Politik hat großen äußeren Erfolg gehabt; die Städte sprechen heute magyarisch oder sind auf dem Wege dazu, und in ihnen besitzt die herrschende Nation ein sehr starkes Mittel, um bei fortschreitender sozialer Differenzierung ihre geistige und politische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Vergessen wir nicht, daß in Budapest die deutsch Redenden noch vor dreißig Jahren zwei Drittel der Einwohnerschaft ausmachten. Wie ganz anders ist es heute! Die Juden, die im Bürgertum der Hauptstadt dominieren und in ganz Ungarn etwa fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind großenteils leidenschaftliche Magyaren und getreue Stützen des Systems geworden, so daß der Wiener Bürgermeister Lueger das unliebenswürdige Wort von dem „judäomagyarischen“ Staate prägen konnte. Die Deutschen sind in Ungarn — ohne

Kroatien und Slavonien — etwas mehr als zehn Prozent, ebensoviel die Slowaken. Auch die Deutschen sind mit dem bestehenden Staate im ganzen so sehr einverstanden, daß man von ihnen als von „deutsch redenden Magyaren" gesprochen hat; eine Abwendung von dieser überlieferten Haltung macht sich erst neuerdings unter den Schwaben bemerkbar. Auf die Slowaken hat der tschechische Nationalismus in Oesterreich, soviel man sehen kann, noch keinen nachhaltigen Eindruck geübt; auch bei diesem Volke sind unter den besser gestellten nicht wenige zum Magyarentum übergegangen. Anders ist es mit den Rumänen, die nicht weniger als 16 Prozent der Staatsbevölkerung ausmachen, anders mit dem serbisch-kroatischen Stamme.

Die Politik der herrschenden Nation gegen die übrigen steht in vollem Gegensatze zu der der Deutschen in Oesterreich. Sie sieht die Rasse als Nebensache an, dagegen wird von allen Aufsteigenden die Annahme der magyarischen Sprache und öffentliche Uebereinstimmung mit den Forderungen des magyarischen Nationalbewußtseins verlangt. Es wäre nun schwer einzusehen, was zur Abschwächung dieser anscheinend so erfolgreichen Staatspolitik führen sollte, müßte man sich nicht sagen, daß das ganze bisherige System Ungarns nicht etwa bloß national, sondern vor allem sozial bestimmt ist. Der Gentry-Staat ist agrarisch; aber nicht bäuerlich, sondern ein Staat des Großgrundbesitzes und einer gänzlich feudalen Verwaltung. Hat diese Gesellschaftsordnung nach einem so furchtbaren Kriege Aussicht auf Dauer und kann sie sich verändern, ohne daß sich in dem hart-nationalistischen Charakter des Staates ein Wandel vollzieht? Die Tatsachen sind offenbar: der — dazu vielfach nicht magyarische — Gewerbestand macht nur ein Siebentel der Bevölkerung aus. „Der größte Teil unseres Landes ist Dorf. Wer will dort geschichtliche Patina suchen, wo die Lehmhäuser kaum fünfzig Jahre überdauern?" schreibt der Politiker und Bankdirektor Roland von Hegedüs in einem aufschlußreichen Büchlein „Ungarn nach dem Kriege". Dieses Dorf aber ist von besonderer Art: es ist Dorf nach junkerlichem

Ideale. Von der Oberfläche des ganzen Staates sind mehr als 33 Prozent fideikommissarisch gebundener Besitz; im Nebenlande Kroatien-Slavonien sind es 40 Prozent. Die Statistik zieht die Folgerungen daraus: die Hälfte des Fideikommisses ist Wald. Von der bewirtschafteten Fläche unterliegen in diesem Agrarstaate nur 44 Prozent dem Feldbau; im hochindustriellen Deutschland über 48. Auf dem guten ungarischen Boden bringt der Hektar Weizen 13.19 Doppelzentner, in Deutschland 23.6; der Hektar Kartoffeln in Ungarn-78.9, in Deutschland 138.6 Doppelzentner. Aber es gibt einen schlagenderen Nachweis der sozialen Wirkungen der Gentrypolitik, das sind die erschreckenden Zahlen der Auswanderung. Von 1902 bis 1911 gingen 1 462 000 Ungarn bloß nach den Vereinigten Staaten; etwa eine halbe Million sind davon zurückgekehrt, aber das Land dürfte in den letzten Jahrzehnten ein Zehntel seiner Bevölkerung verloren haben. Hinüber geht aber nicht mehr bloß der verelendete Slowake oder Ruthene, es wandert in immer steigendem Grade, fortgetrieben von den Besitz- und Herrschaftsverhältnissen, die Landbevölkerung kernmagyarischen Stammes. Ganz im Gegensatz dazu schiebt sich das Rumänentum, der gefährlichste Rivale der Magyaren, auf deren Kosten in Ungarn selbst fortwährend weiter. Allein in den letzten Jahren und nur in Siebenbürgen sind Grundstücke im Werte von 60 Millionen Kronen aus der magyarischen in die rumänische Hand übergegangen. In seinem eigenen Königreiche wurde das rumänische Volk von einer moralisch und ökonomisch verkommenen Bojarenschicht mißregiert, und die zur Verzweiflung getriebenen bäuerlichen Heloten erhoben sich dort in periodischen blutigen Agraraufständen gegen ihre Peiniger. In Siebenbürgen dagegen sind die Rumänen ein gesundes, wirtschaftlich und geistig fortschreitendes Bauernvolk mit reicher Kinderzahl, während ihre Gegner im Lande, Magyaren und Sachsen, stehen bleiben. Die sozialen Zustände Ungarns bedrohen gerade den magyarischen Kleinbauernstand. Nach einer amtlichen Statistik vom Jahre 1908 stellt das magyarische

Element mehr als drei Fünftel der Wahlberechtigten mit einer Steuerleistung von über 10 Kronen, sinkt fortwährend in den Schichten mit einem geringeren Zensus und steigt bei den gänzlich Besitzlosen wieder sehr hoch an. Also spaltet sich das Magyarentum in zwei sehr getrennte Klassen, eine bemittelte und eine proletarisierte, dagegen wird in den dazwischenliegenden Schichtungen die führende Rasse fortgesetzt zurückgedrängt, während andere Nationalitäten vorankommen. Bei der Bedeutung gerade der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Klassen für eine gesunde Volksentwicklung ist dieser Zustand perniziös zu nennen; er zeigt, wie Hegedüs es ausdrückt, „eine lebensgefährliche Verkrüppelung des inneren Gefüges".

Wie in Oesterreich der Krieg nur so zu führen war, daß die Deutschen weit über ihren Anteil an Blut geopfert haben, so wurden in Ungarn die Magyaren sehr hart mitgenommen. Mit großer Eindringlichkeit wird also von verschiedenen Seiten her das Problem gestellt, die Nation, die den Staat in erster Linie zu tragen hat, unter allen Umständen in ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Kraft zu heben, womöglich rasch und stark. Die Zeit nach dem Kriege, die auch für die großen Völker schwer genug sein wird, kann den kleinen geradezu verhängnisvoll werden, wenn sie sich nämlich den Notwendigkeiten verschließen. Wie, wenn Amerika so viele Hände brauchen und bezahlen können sollte, daß der Anreiz zur Auswanderung unwiderstehlich wird? Für die Ungarn kommt alles darauf an, ihre Menschen auf der heimatlichen Scholle festzuhalten und die schon Ausgewanderten womöglich — der Gedanke daran beschäftigt die Regierung — zur Rückkehr zu bewegen. Zwei Wege sind gangbar, um binnen einer mit dem Auge erreichbaren Frist die Volkszahl erheblich zu steigern: starke Vermehrung der Landesindustrie und demokratische Bodenpolitik. In den Zukunftsgedanken der ungarischen Politiker und Finanzleute nimmt die Industrialisierung eine Lieblingsstellung ein. Die Industrie ist auch deshalb populär, weil sie sich als kräftiges

Mittel der Magyarisierung erwiesen hat; Unternehmer wie Arbeiter wurden in der Regel assimiliert. Indessen ist kein zahlreicher Stamm guter Industriearbeiter vorhanden, er kann sich erst mit den Unternehmungen selbst entwickeln. Die Zukunft der Industrie ist ferner wesentlich an die Zufuhr ausländischen Kapitals geknüpft; an die Entstehung einer bedeutenden Schwerindustrie ist im Hinblick auf Ergiebigkeit und geographische Lage der ungarischen Kohlen- und Eisenschätze ohnehin weniger zu denken als an die Verarbeitung der inländischen Rohstoffe, so an die Verwertung des Reichtums an Holz und bituminösen Produkten. In alledem kann Ungarn aber nicht als isolierter Staat vorgehen, sondern nur in gewisser Uebereinstimmung mit den allgemeinen weltwirtschaftlichen Bedingungen. Vollkommen unabhängig ist das Land dagegen in seiner eigenen Agrarpolitik, und hier vor allem wird seine Zukunft sich entscheiden. Sein Wohlstand hängt davon ab, daß die ungarische Landwirtschaft viel intensiver als bisher arbeitet, um nicht nur mehr ausführen, sondern auch mehr Menschen auf der Scholle ernähren zu können. Will aber der Staat die Auswanderung verhindern und die Rückwanderung ermutigen, so muß er, da die Steigerung der Löhne nicht von seinem Gebot abhängt, den fliehenden Massen die Verlockung des eigenen Besitzes bieten. Die Parzellierung der Domänen und die innere Kolonisation im größten Stile werden Lebensfragen der magyarischen Nation. Die Regierung hat dies anerkannt und ein eigenes Ministerium für soziale Fürsorge gebildet, welches die notwendigen Gesetze vorbereiten soll. Die entscheidende Frage ist aber, ob sich in der herrschenden politischen Gesellschaft Einsicht und Energie genug finden, um die Umwälzung zu vollziehen.

Bei der politischen Begabung des Ungartums ist anzunehmen, daß der Wechsel zu rechter Zeit als notwendig erkannt und sich dann durchsetzen wird. Aber man sieht heute nicht, daß es schon so weit sei. Die regierende Klasse lebt in optimistischer Stimmung. Die Großgrundbesitzer haben im Kriege viel Geld verdient; warum sollte es nachher nicht auch

gut gehen? Gewiß, die Landwirtschaft muß rationeller werden, aber soll man darum das ganze System ändern? Es wird auch hier ein starker Tropfen demokratischen Oels nötig sein, oder vielleicht eine demokratische Springflut, um die Nutznießer der Vergangenheit zu belehren, was die Stunde will. Nicht nur um wirtschaftliche und soziale Gesetze handelt es sich, sondern um den neuen Aufbau des Staates. Man redet in Ungarn immer erst wie von einer entfernten Sache davon, daß später einmal die Verwaltung „verstaatlicht" werden müsse. Unter dem liberalen Namen „Selbstverwaltung der Komitate" verbirgt sich noch ein starker Rest vom alten patriarchalischen Despotismus der Gentry. Der Krieg hat die Ohnmacht des Staates gegenüber der Grundherrenautonomie allen sichtbar gemacht. Erweist es sich schon in den Ländern der durchgebildeten Obrigkeitsregierung als schwer genug, das Bedürfnis der Allgemeinheit gegen den agrarischen Egoismus durchzusetzen, um wieviel mehr hier! Ohne einschneidende Reform der Verwaltung aber kann der Staat an die riesenhaften Aufgaben des Friedens nicht herangehen, und diese Reform wiederum ist ohne eine neue Verteilung der politischen Macht nicht denkbar. Darum ist die Aenderung des Wahlrechts von solcher Wichtigkeit für das Land. Die alte Gesellschaft setzt sich dagegen zur Wehr. Ihr stärkster Mann, Graf Stefan Tisza, behauptet, daß das magyarische Volk von einem besseren Stimmrecht nichts wissen wolle. Man beleidigt den ungarischen Helden, wenn man ihm zutraut, daß er größere Rechte verlange! Wörtlich hat Tisza gesagt: „Nicht das Volk fordert bei uns das Wahlrecht, sondern die Politiker. Der ungarische Frontsoldat kümmert sich nicht um das Wahlrecht; er sehnt sich nach zwei Wochen Urlaub, um seinen Acker zu bestellen; nicht an das Wahlrecht denkt er, sondern an seine Angehörigen daheim und an das Vaterland. Wir sind unwürdig geworden dieser braven Soldaten . . ."

Sehr merkwürdig ist, daß in diesem Kampf des Feudalismus, der alle Rechte innehat, gegen die Demokratie, die erst

werden will, mitten im Weltkriege die Krone sich mit Entschiedenheit auf die Seite der Reform geschlagen hat. Was bedeutete es, daß der Monarch den im Parlament allmächtigen Tisza entließ, um mit einer Minderheitsregierung, die nur von der Duldung des Grafen Tisza leben kann eine demokratische Wahlreform durchzuführen? Der Hergang der Krise ist undurchsichtig, im Grunde auch nebensächlich. Zu vermuten ist, daß ein gewisser Ueberdruß am Regiment der Adelskaste vorhanden ist, ein Widerstand dagegen, immer zwischen ein paar oligarchischen Gruppen wechseln zu müssen, bald den Tiszas und bald den Andrassys. Die Macht des Monarchen ist auch in Ungarn keineswegs gering. Ein absolutistisches Regiment ist dort undenkbar, aber es ist auch nicht so, daß der König nur durch den Willen der Parlamentsmehrheit regierte, eher vielleicht kam die Mehrheit zustande, weil die monarchische Gewalt bisher ihrer allgemeinen Stellung, namentlich ihrer auswärtigen Politik wegen, einer bestimmten Klasse die Herrschaft über den Staat zu lassen Grund sah. Will jetzt das Königtum auch hier hindurchgreifen zum Volke? Und kann die Verfassung demokratisiert werden, ohne daß ihr hervorstechendster aristokratischer Zug, die Bevorzugung eines Stammes im Staate vor den anderen, sich früher oder später ebenfalls wandelt?

VI.

Ungarn und der Dualismus.

Das Dilemma der ungarischen Politik liegt in dem Widerspruch zwischen den Forderungen des magyarischen Nationalismus und seiner tatsächlichen Macht. Das geheime Ideal ist die Verwandlung des „historischen" Staates in den „nationalen". Es soll womöglich dahin kommen, daß im Karpathenbecken jeder Mensch magyarisch spricht und empfindet; dafür arbeitet die Verwaltung mit aller Kraft. Dagegen fehlt dem magyarischen Stamm die natürliche Bluts- und Ideengemeinschaft mit mächtigeren Nationen, wie sie für die Tschechen und Südslawen im Panslawismus gegeben war. Ungarn braucht also eine politische Anlehnung, und dies wird deutlich empfunden. Wie einstmals die Türkengefahr zum Anschluß an die habsburgische Ländergruppe bewog, so hat in unserer Zeit die Riesenmacht Rußlands dieselbe Lehre eindringlich gepredigt. Sinkt aber freilich die russische Weltmacht auf längere Zeit in sich zusammen, dann könnte sich mit dem äußeren Druck auch die innere Kohäsion des Habsburgerreichs verändern. Wenn nun die Magyaren die heutige glänzende Stellung dem großen Talent ihrer Führer verdanken, so trug einigen Anteil daran auch der Ausgang des Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen. Nach Königgrätz sah sich der Absolutismus gezwungen, mit Ungarn zu paktieren, um dem äußeren Gegner eine geschlossene innere Front bieten zu können. Inwieweit dabei der Gedanke an eine spätere Abrechnung mit jenem bestimmend war, ist heute für die Politik gleichgültig geworden. War er vorhanden, so beweist er die Kurzsichtigkeit der bloßen Kabi-

nettsdiplomatie nur aufs neue, denn es hieß die Klugheit der nun selbständig gewordenen Magyaren sehr unterschätzen, wenn man ihnen zutraute, sie könnten sich über den organischen Zusammenhang zwischen ihrem Aufstieg und dem Bestehen der preußisch-deutschen Macht einen Augenblick im Zweifel befinden. Ihr großer Staatsmann Andrassy verhinderte 1870 mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit und des ungarischen Einflusses den Abschluß des Bündnisses mit Frankreich. Und es war neun Jahre später sein Werk ganz so sehr wie das des Fürsten Bismarck, daß der Bund der beiden Mittelmächte geschlossen wurde. Mehr als auf die Deutschen in Oesterreich, gegen deren Schicksal er zu gleichgültig war, hat der erste Reichskanzler die Allianz allezeit auf den Willen und das Interesse der Magyaren gegründet. Diese schon in der Anlage unserer Bündnispolitik gegebene Grundbedingung hat sich bis heute nicht verändert; sie trat noch schärfer hervor, seitdem in Oesterreich die Macht der slawischen Völker immer mehr anwuchs. Im Kriege sehen wir, wie große Teile der Tschechen und Südslawen unverhohlen auf unsere Niederlage warten. Also bleibt die Gesinnung und die Entwicklung Ungarns höchst wichtig für uns selbst.

Der dualistische Ausgleich von 1867, der das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften regelte, ist in der Hauptsache ein Erzeugnis der ungarischen Staatskunst gewesen und von ihr der Dynastie und der österreichischen Politik suggeriert worden. Franz Deak, der Meister dieses Vertrages, war ein Mitglied des Grundadels, aber auch ein sehr gewiegter Rechtskundiger. Unter einem enthusiastischen Temperament lebt in der ungarischen Gentry eine starke Juristenader fort, eine ererbte Fähigkeit zum kühlen Distinguieren und Vorausberechnen, die sich wie bei dem englischen Vorbilde in der Jahrhunderte alten Uebung der Parlamente und der Selbstverwaltung herausgebildet hat; Bismarck faßte einmal seinen Eindruck von dem ungarischen Politiker in das Bild „Husar und Advokat" zusammen. Schärfer als in Wien sah man immer in Budapest die Folgen und Verbindlichkeiten

politischer Akte voraus; der Faden des Rechts durfte nie abreißen, aber unablässig wurde an seinem Ende weitergezogen. War es nicht ein sehr unscheinbares, gewissermaßen nur der Nationaleitelkeit gewährtes Zugeständnis, das die „k. k. Armee" in eine „k. und k. Armee" verwandelte? Dennoch lag darin der Keim zur Trennung des Heeres; heute ist es so weit, daß die Zerreißung der militärischen Einheit der Monarchie kaum zu verhindern sein wird. Kommt es dazu, so ist das lebendigste der bisher gemeinsamen Organe durchschnitten. Denn die Bank oder die Zollunion oder die k. und k. Diplomatie nehmen in der Phantasie der Völker des Reichs wahrscheinlich nicht die Stelle ein, welche die alten kaiserlichen Feldstandarten einmal besessen haben. Auch das Zollbündnis wird jetzt im Hinblick auf den Nutzen, den es Ungarn bringt, bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Ausgleichs mit äußerster Kühle diskutiert, und man bemerkt nicht, daß es jemand aus anderen als baren Zweckmäßigkeitsgründen verteidigte. Der „Pester Lloyd", ein erprobter Anhänger des Dualismus, schrieb kürzlich: „Die Entschließungsfreiheit für den Fall, daß innerhalb der Zollgemeinschaft unsere wirtschaftlichen Interessen nicht in entsprechender Weise gewahrt werden können, auf das selbständige Zollgebiet überzugehen, muß Ungarn sich unter allen Umständen vorbehalten." Man führt die niemals endende Debatte über das Wirtschaftsbündnis und die Reichskosten auf beiden Seiten gerade jetzt, sozusagen vor dem Feinde, mit einer Aufrichtigkeit, daß der Zuschauer versucht ist, zu sagen, eine Ehe müsse vortrefflich sein, die ein solches Maß an Grobheit verträgt. Einer wirklichen Ehe ähnelt der Dualismus auch darin, daß er keinen Schiedsrichter in Streitigkeiten kennt. Bei uns in Deutschland hat die Kraft des nationalen Gedankens den zentralen Einrichtungen eine Würde und Machtfülle verliehen, die alles andere in den Schatten stellen. Streitigkeiten sind in einem zusammengesetzten Körper immer denkbar, aber die Oberentscheidung, die „Kompetenzkompetenz", wächst immer mehr dem Reiche zu.

In Oesterreich-Ungarn gibt es kein „Reich". Die Delegationen der zwei Staatsparlamente tagen in derselben Zeit und derselben Stadt, aber in zwei verschiedenen Häusern. Sie dürfen sich in verzweifelten Fällen sehen, aber beileibe nicht hören; der Vertrag schreibt bei abweichendem Votum beider Körperschaften eine gemeinschaftliche Sitzung vor, doch es kann da nur abgestimmt, nicht debattiert werden. Ein glücklicher Gedanke, Parlamente zu machen, die nicht reden dürfen! Die Delegationen sollen vor allen Dingen die auswärtigen Geschäfte kontrollieren; in Wirklichkeit haben sie wenig dabei zu sagen, sondern müssen sich gewöhnlich darauf beschränken, lange nach den Ereignissen vom Leiter der Diplomatie „Exposés" entgegenzunehmen. In keinem anderen kriegführenden Lande würde es die Volksstimmung geduldet haben, daß die zur Ueberwachung der großen Politik bestimmte Körperschaft erst im vierten Kriegsjahre versammelt wurde, wie es in Oesterreich-Ungarn geschah. Die auswärtige Politik des Reiches kommt in der Hauptsache auf absolutistischem Wege zustande, durch den Willen des Kaisers, die Meinung des durch sein persönliches Vertrauen im Amte befindlichen Ministers des Auswärtigen und die Wünsche der regierenden Schicht der Magyaren.

Bisher ist die Verbindung Ungarns mit Oesterreich davon abhängig, daß dort nicht bloß die magyarische Nation die Herrschaft über die anderen hat, sondern daß eine bestimmte Klasse des Magyarentums führt. Mit anderen Worten, der Dualismus, seit fünfzig Jahren die Daseinsform der habsburgischen Großmacht, knüpft sich an die Erhaltung eines gesellschaftlichen Zustandes, der in der feudalen Vergangenheit wurzelt. Wir haben gesehen, daß die Zukunft des Landes gebieterisch Reformen verlangt. Die herrschende Ordnung kann nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Magyaren, die ja trotz der Statistik nur eine Minorität sind, ein kräftiges Volk bleiben sollen. Nur Demokratie und durchgreifende Sozialpolitik können den unvollständigen Volks-

körper lebensfähig erhalten. Wie aber wird die Demokratisierung auf die Bündnispolitik des Staates wirken, vor allem auf die Union mit Oesterreich? Die kräftigsten Anhänger des Dualismus sind die größten Gegner der Erweiterung der Volksrechte. Graf Tisza, der Führer der inneren Reaktion, hat als Ministerpräsident und Parteiführer alles aufgeboten, um den Trennungstendenzen entgegenzuwirken. Er wollte den Krieg benutzen, um diesmal den Ausgleich sogleich auf zwanzig Jahre zu verlängern, aber der Plan ließ sich nicht verwirklichen, zum Teil wegen der Beschlußunfähigkeit des österreichischen Vertragsgegners, zum Teil wegen des Widerstandes der Ausgleichsfeinde in Ungarn selbst. Die Unabhängigkeitspartei stellt der Parole „Fortdauer der Union und innere Oligarchie" das Schlagwort entgegen „Trennung von Oesterreich und Demokratie". Die Partei ist in ihren oberen Gruppen nicht antidynastisch, im Gegenteil, man kann in diesen Kreisen heute eine lebhafte Sympathie für den jungen König bemerken. Die Personalunion, die sie anstrebt, würde das Reich vollends zerreißen, aber die Krone nicht antasten. Das Bündnis der Monarchie mit dem Deutschen Reiche ist bei der Partei nicht populär, obwohl die Volksstimmung namentlich im Anfange des großen Krieges einen Umschwung herbeigeführt hatte. Auch in Ungarn sind viele gewohnt, Deutschland als den Herd der politischen Reaktion anzusehen. „Seit dreißig Jahren," so sagte mir einer der Führer der Partei, „sagen uns unsere Regierungen, daß Wien die demokratischen Forderungen nicht bewilligen könne, weil die Rücksicht auf das Bündnis mit Deutschland es nicht erlaube." Der jetzt am meisten hervortretende demokratische Politiker, Graf Michael Karolyi, war schon vor dem Kriege kein Freund Deutschlands und der militärischen Allianzen, und die letzten Jahre haben seine Ansichten nicht verändert; auch wird man sich nicht allzuheftig verwundern, daß ein leidenschaftlicher Freiheitsapostel, wie es dieser ungarische Aristokrat ist, sich mehr zu Westeuropa und Amerika hingezogen fühlt.

Wie denken nun die Massen über diese Fragen? Spricht man in Budapest mit Anhängern des herrschenden Systems, so erwidern sie mit Achselzucken, die antideutsche Partei bestehe aus ein paar Narren, die man um Gotteswillen nicht ernst nehmen solle. Nun, das ist möglich, aber es ist auch nicht zu vergessen, daß der Krieg die Umstände verändert hat und noch viel mehr verändern kann. In einigen Ländern wird die Rückkehr der Kämpfer revolutionäre, vielleicht anarchistische Strömungen anschwellen lassen. In Ungarn ist es denkbar, daß, wenn dereinst das Volk das Elend und die Folgen des Krieges überschlägt, die Schuld der Union mit Oesterreich und der Bündnispolitik zugeschrieben wird. Das wäre sehr ungerecht und töricht; aber jedes bekannte Maß der Demagogie wird verschwinden vor dem, was wir nachher sehen werden. Die Unabhängigkeitspartei ist gerade unter der rein magyarischen Landbevölkerung stark verbreitet. Der Dualismus hat seine Anhänger in den Städten, die Trennung unter den Bauern und bei Leuten der ärmeren Gentry. Dabei ist es gerade die Landwirtschaft, die von der Zollunion mit Oesterreich den Nutzen hat, denn sie sichert ihr ein großes, hochindustrielles Abnahmegebiet; ein neues Beispiel dafür, wie wenig das wirtschaftliche Interesse für die politischen Sympathien der Völker entscheidend ist. Ein anderer Umstand, der in dieser Frage mitspricht, kann das neue Verhältnis zu Polen werden. Wenn der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn zum König von Polen gewählt wird und dieser Staat nur in Personalunion zu den beiden anderen tritt, dann wird wahrscheinlich auch in Ungarn die staatsrechtliche Union vielen bisherigen Anhängern nicht mehr einleuchten. Weshalb, so wird man fragen, soll das freie, seit langem selbständige Ungarn mit Wien verbunden bleiben, wenn das erst ins Leben tretende Polen für sich allein stehen darf? Zur selben Zeit wird aber auch in Oesterreich die Stimmung gegen den Dualismus immer schärfer, jedoch will hier die große Mehrzahl seiner Gegner nicht etwa die Trennung von Ungarn, sondern im Gegenteil eine die ganze

Monarchie viel enger zusammengliedernde Neuordnung. Wie kann aber angesichts der Stimmung Ungarns daran überhaupt gedacht werden und wie sind alle diese Gegensätze zu versöhnen? Drei große Erfolge hat die ungarische Demokraten- und Unabhängigkeitspartei errungen, und dazu mitten im Kriege, der angeblich das Solidaritätsgefühl im Reich so sehr gefördert hat: die Auflösung der Heeresgemeinschaft wird beinahe mit Sicherheit erwartet; der langfristige Zoll- und Finanzvertrag ist hintertrieben worden und bisher nur durch ein wenig imponierendes Provisorium ersetzt; und es steht eine Wahlrechtsänderung bevor, welche zwar keineswegs die Herrschaft des Magyarentums, aber die der aristokratischen Ausgleichspartei mit dem Ende bedroht. Das System der letzten fünfzig Jahre, das zwischen dem brennenden Verlangen nach voller Selbständigkeit und dem äußerst begründeten Wunsche, einer Großmacht anzugehören, kunstvoll vermittelte, zeigt sich in seinen Grundbedingungen angegriffen.

Darin freilich ist die Unabhängigkeitspartei mit der herrschenden Klasse ganz einverstanden, daß Ungarn die Domäne des magyarischen Stammes bleiben müsse; auch das nächste Wahlrecht, gleichgültig, nach welchen parlamentarischen Schicksalen es zustande kommt, wird die Forderungen der Demokratie sorgfältig nur so weit erfüllen, als es die rege Eifersucht auf diese Vorherrschaft erlaubt. Läßt es sich aber der Geist der Freiheit gefallen, daß man ihm eine Linie zieht, über die er nicht hinausgehen dürfe? Nicht bloß bei den Magyaren wird der kulturelle Aufstieg und die nationale Gesinnung Hand in Hand gehen. Wir haben es an den preußischen Polen erfahren, daß gute Verwaltung und soziale Gesetzgebung sie erst kräftigten und danach nicht etwa zu besseren Deutschen, sondern zu besseren Polen machten. Die Reformen, die das Magyarentum so dringend braucht, werden auch den anderen Nationalitäten zugute kommen. Unter gewöhnlichen Umständen könnte deren Kampf um die formale Gleichberechtigung allerdings noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen, wir wissen aber nicht, inwiefern der Friedenszustand

Vom Verfasser
überreicht.

die Entwicklung beschleunigt. Die rumänische Frage ist für Ungarn mit dem Zusammenbrechen des größenwahnsinnigen und korrumpierten Königreichs von Bukarest nicht erledigt. Im Gegenteil, in dem Augenblick, wo die ungarländischen Rumänen nicht mehr als Genossen eines äußeren Gegners verdächtig sind, wächst ihr innerer Anspruch auf Befriedigung im Staate. Gegen die Slawen ist die öffentliche Meinung Ungarns jetzt höchst aufgebracht. Wohl vertritt die Karolyi-Partei den magyarischen Herrenstandpunkt weniger schroff und sucht nach einem inneren Ausgleich mit den Slawen, aber nach dem Auftreten besonders der Tschechen ist eine slawophile Politik in Ungarn zunächst kaum zu erwarten. Natürlich ist es auch undenkbar, daß die Krone die magyarische Vorherrschaft antasten wollte, denn das hieße mit äußerst gefährlichen Dingen spielen. Es wird manchmal gesagt, daß der junge Monarch durch einige seiner vertrauten Berater in die Gedankengänge eingeführt worden sei, in denen sich der ermordete Thronfolger und seine Freunde bewegten. Worin das „Konopischter Programm" eigentlich bestand, ist nie genau bekannt geworden; die dem Erzherzog hie und da zugeschriebene Absicht, den ungarischen Nationalitäten die Gleichberechtigung nötigenfalls durch den „Octroi" zu verschaffen, auf deutsch: durch den Staatsstreich mit militärischer Gewalt, ist schwer glaubhaft; vielleicht wurde mit solchen Ideen einmal kokettiert, im Ernste kann nicht an ihre Ausführung gedacht worden sein. Jedenfalls, wenn die dynastische Absicht war, nach der Entlassung des Grafen Tisza den nichtmagyarischen Völkern größeren politischen Einfluß zu verschaffen, so ist dieses Ziel nicht so leicht zu erreichen, denn nur unter sehr starkem Zwange wird jemals eine ungarische Regierung in die Beseitigung des magyarischen Primats einwilligen.

Hat sich die Weltstellung der Slawen durch den Krieg gehoben? So scheint es. Was das Zarentum an militärischer Macht verlor, ist mehr als eingeholt worden durch die leidenschaftlich werbende Kraft der russischen Demokratie. Die alte

„russische Gefahr", der Alpdruck der Völker, entschwindet zunächst den Blicken; lange unter dem Koloß verschüttete, kaum dem Namen nach bekannte Nationen richten sich auf und ringen nach Freiheit und Gestaltung. Man sieht es, wie hoch trotz der Niederlage das Selbstgefühl der Tschechen gestiegen ist. Die nationale Auseinandersetzung in Oesterreich wird durchaus mit dem neubelebten slawischen Bewußtsein zu rechnen haben. Unterdrückt man es aber in Ungarn gewaltsam, so ist das Problem der Reichsgemeinsamkeit kaum noch lösbar.

VII.

Die kroatische Idee.

Seitdem die beiden serbischen Königreiche geschlagen und besetzt worden sind, beschäftigt man sich bei uns nicht mehr viel mit diesem Volke, dessen nationaler Fanatismus doch den großen Brand entzündet hat. Aber die südslawische Frage wird auch nach dem Kriege sehr bedrohlich bleiben und es wäre keineswegs unmöglich, daß in einer späteren Zeit das Serbentum wiederum der Hebel fremder Intrige wird wie vorher. Daher haben österreichische Staatsmänner, auch solche, die frei sind von gedankenlosem Eroberungsdrange, im engen Anschlusse dieser Kleinstaaten an die Monarchie das einzige Mittel erblickt, neue Katastrophen zu vermeiden. Weitaus die Mehrzahl des serbisch-kroatischen Stammes gehörte schon vor dem Kriege zu Oesterreich-Ungarn. Vielleicht würde in Serbien und Montenegro heute die Stimmung nicht so gänzlich ablehnend gegen die Vereinigung sein, wie man in der Entente glaubt. Der Blutverlust, den das Volk erlitten hat, ist so entsetzlich, daß eine Partei, welche eine lange Periode der Ruhe herbeisehnt, schon vorhanden ist und stärker werden könnte. Es spricht da auch die der Nation von Italien drohende Gefahr sehr erheblich mit. Die Serben haben begriffen, daß die Niederlage der Mittelmächte nicht etwa ihre Größe herbeiführen, sondern die italienische Herrschaft an der ganzen Adriaküste bedeuten würde. Das aber wäre das Ende aller serbisch-kroatischen Staatsgedanken und in späterer Zeit vielleicht sogar die Vernichtung ihres Volkstums, denn der italienische Imperialismus wird an Brutalität und Schonungslosigkeit von keinem übertroffen. Jedoch wenn alle Serbo-

kroaten unter dem habsburgischen Szepter vereinigt werden sollen, so muß das Reich imstande sein, die berechtigten Ansprüche, die auch dieses Volk erheben kann, zu erfüllen, sonst würde die Hereinziehung von noch mehr Südslawen die innere Gärung ja nur vermehren. Wie aber soll diese Gewißheit bei der Vergiftung der Nationalfehden und beim Schwinden der zentralen Einrichtungen aufkommen?

Es ist dabei von der größten Bedeutung, daß die südslawische Politik der Monarchie mehr und mehr von den Wünschen der Magyaren bestimmt werden wird, deren Stimmung einem Ausgleich unter den Völkern noch wenig zuneigt. Zu Oesterreich gehören außer dem etwas seitab stehenden kleinen südslawischen Stamme der Slowenen, dessen Sprache sich von der serbokroatischen nicht unwesentlich unterscheidet, nur 800 000 Serben und Kroaten, davon der weitaus größte Teil in dem vom Körper Zisleithaniens völlig abgetrennten Dalmatien. Hingegen leben 3¼ Millionen Serben und Kroaten im Königreich Ungarn und gegen 2 Millionen in den Provinzen Bosnien und Herzegowina, die Gemeinbesitz beider Reichshälften sind. Fast die Hälfte dieser Masse wiederum bewohnt das zu Ungarn gehörende, aber mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestattete Königreich Kroatien-Slavonien, das schon vor dem Kriege neben dem unabhängigen Serbien das wichtigste Gebiet der staatlich so vielzerspaltenen Rasse war und später, da Serbien nun völlig erschöpft ist, wahrscheinlich die führende Stelle haben wird. Wegen der langen Trennung und Aufteilung unter viele sehr verschiedene Staaten, zu denen bis vor kurzem noch die Türkei gehörte, ist die innere Annäherung unter den Splittern des ganzen Volkes noch nicht vollzogen. Indessen hat die Konsolidierung im letzten Jahrzehnt große Fortschritte gemacht. Am meisten abseits stehen die mohammedanischen Bosnier. Unter den Christen war der große Riß die religiöse Verschiedenheit zwischen dem römisch-katholischen Kroatentum und den griechisch-orthodoxen Serben. Nun kann man aber in Kroatien deutlich sehen, wie der

Konfessionsgegensatz hinter dem gemeinsamen Nationalgeschick zurücktritt. Die Parteien, die früher im Klerikalismus ihren Nährboden fanden, verlieren an Einfluß. Sehr wichtig ist, daß innerhalb des allmählich zur Einheit gelangenden Volkes das Serbentum die Führung gewinnt, geistig und auch wirtschaftlich. Auch in Kroatien und Bosnien ist das Bürgertum aus alter Zeit her noch vielfach deutsch und jüdisch, aber wenn ein Slawe ein großes Geschäft betreibt oder ein schönes Haus baut, so wird es sehr häufig ein Serbe sein. Der Augenblick scheint zu kommen, wo „Kroate" nichts weiter zu bedeuten hat als „katholischer Serbe". Es liegt darin mehr als eine statistische Beobachtung. Die Kroaten waren einst ein besonders fest an Oesterreich hängender Slawenstamm, bekannt durch dynastische Treue und durch ihren militärischen Eifer und Gehorsam. Diese Stimmung stirbt aus. Noch findet sich die schwarzgelbe Gesinnung bei den älteren kroatischen Offizieren vor, aber in der Jugend und den vorherrschenden politischen Gruppen tritt an ihre Stelle eine von der serbischen Gedankenwelt bestimmte Strömung, die mehr zum Balkan und zum großen Slawentum hinweist. Damit wird auch ein Stück deutschen Einflusses hinfallen. Die höhere Bildung war in Kroatien deutsch, und sehr im Gegensatz zu Budapest und Prag kann man in Agram heute noch mit jedermann deutsch reden. Uebersehen wir dabei nicht, daß sich unter den Serben des Balkans, die früher ebenfalls zur deutschen Kultur hinneigten, in neuerer Zeit die französische Bildung immer mehr verbreitet hat. Die Kroaten erklären diese Wandlungen damit, daß sie für die Ansprüche ihres Volkstums in Oesterreich und bei den Deutschen kein Verständnis gefunden hätten, daß der Kaiser gewohnt sei, sie dem König von Ungarn zu opfern. Da man sie einmal den Ungarn ausgeliefert habe, so sei es für sie zwecklos, immer weiter nach Wien zu blicken.

Das Verhältnis zwischen Ungarn und Kroatien ist seit Jahrzehnten beklagenswert schlecht gewesen. Das Land wurde mit eiserner Hand regiert, aber der Terrorismus und

die amtlich beförderte Korruption konnten die Ruhe nicht erhalten; umfangreiche Staatsprozesse haben vor dem Kriege sehr düstere Bilder von diesen Zuständen vor den Augen der Welt erscheinen lassen. Ist es denn aber nicht recht überflüssig, da soviel Größeres geschieht, von den Kroaten und Serben zu sprechen? Nein, sondern man wird in Deutschland noch lernen müssen, sich sehr gründlich um diese Völker zu kümmern. Es ist wahr, daß die serbische Politik, wie sie in Belgrad getrieben wurde, ein abscheuliches Erzeugnis alter Barbarei und neumodischer Niedertracht darstellt. Aber es ist an der serbischen Rasse viel gesündigt worden, und die Taten der Machthaber in dem kleinen Königreich waren die Antwort bösartig gewordener Menschen auf eine verkehrte Erziehung. Die amtliche Auffassung sagt, es habe kein Volk das Recht, sich darum zu kümmern, was mit seinen Landsleuten jenseits der Staatsgrenze geschieht. Nun, es war auch uns nicht gleichgültig, als das baltische Deutschtum von den Russen in Staub getreten wurde. Wir werden uns künftig ernsthafter auch für die innere Politik der Mächte zu interessieren haben, mit denen wir Bündnisse schließen, denn der deutsche Michel hat im Schützengraben für diese Politik einzustehen. Wenn etwa die Produzenten eines ganz auf die Landwirtschaft angewiesenen Kleinstaates von einer benachbarten Regierung, die in den Händen von entschlossenen Agrariern liegt, an der Durchfuhr ihres Viehs nach anderen abnahmefähigen Ländern dauernd behindert werden, wenn die Politik mächtiger Reiche, großenteils ohne den Zusammenhang zu verstehen, selbstsüchtigen Interessen dienstbar werden muß, so kann es zu Explosionen kommen, die wir schaudernd erlebt haben. Allerdings würde sich in Wien und Budapest kein Diplomat beliebt machen, der allzu tief in die dunklen Untergründe der Nationalitätenfragen hinabsteigen wollte, und unsere amtliche Vertretung besteht in der großen Mehrzahl aus Herren, deren vornehme Korrektheit es ihnen verbietet, durch indiskreten Uebereifer Anstoß zu geben. In einem politisch so wichtigen Orte wie Agram unterhält das

Deutsche Reich nicht einmal einen Vizekonsul. Vielleicht hängt es mit alledem zusammen, daß wir so wenig gute und verläßliche deutsche Bücher über die südslawische Frage haben; an dilettantisch hingeworfenen Schriften ist kein Mangel. Bei weitem das beste Werk darüber ist das englische von Seton Watson (Scotus Viator), das nicht lange vor dem Krieg erschien. Der Autor ist ein Gegner der ungarischen Politik, aber ein entschiedener Anhänger Oesterreichs, und sein Buch ist gewidmet „demjenigen österreichischen Staatsmann, der das Genie und den Mut besitzen wird, die südslawische Frage zu lösen". Man kann also sein Urteil nicht damit abfertigen, daß es bestochen und von der Feindschaft gegen die Zentralmächte eingegeben sei. Watsons eingehende Schilderungen geben ein Bild von der politischen Gewaltherrschaft in Kroatien, von dem Monopolsystem, das sehr zweideutige Interessen förderte; er spricht von „wirtschaftlicher Sklaverei". Vor allem ist die große Klage, daß die Eisenbahnen so gebaut, meistens aber nicht gebaut werden, wie es der ungarische Handel wünscht. Natürlich werden diese Zustände von ungarischer Seite sehr anders dargestellt und Recht und Unrecht wird nicht leicht abzumessen sein. Aber für uns kommt es nicht so sehr darauf an, die Schuldfrage klarzustellen, als darauf, daß in jedem Falle die ungarische Südslawenpolitik völlig fehlgeschlagen ist, wofern es einen Fehlschlag bedeutet, wenn ein Volk nur mit Gewalt regiert werden kann. Das ist das Wesentliche für uns. Die Moral des Rassenkampfes steht in diesem unserem Europa noch auf der Kulturstufe der Rothäute, und wir werden sie mit Deklamationen nicht besser machen. Wenn wir aber mit unserer Existenz darin Partei ergreifen sollen, so wollen wir es lieber mit sehenden Augen tun.

In Kroatien besteht jetzt seit kurzer Zeit eine Art von parlamentarischem System, indem ein Banus eingesetzt wurde, der die Landtagsmehrheit hat. Ob sich diese Form halten kann, wenn nach dem Kriege die Kämpfe, die heute notgedrungen zahmer sein müssen, wieder auflodern, ist weniger

wichtig als das Programm, welches sich diese gemäßigt auftretende Regierungspartei setzt. Sie erstrebt bedeutend größere Selbständigkeit, vor allen Dingen eine viel weitere Finanz- und Wirtschaftskompetenz. In den entscheidenden Fragen ihres Volkes aber zeigen sich die führenden Männer Kroatiens vorsichtig. Wahrscheinlich hegen viele von ihnen im stillen das „panserbische" Ideal, das alle Serben, Kroaten, Slowenen in einem Staate zusammenfassen will. Aber abgesehen davon, daß die Umstände die Agitation für dieses Ziel nicht gerade begünstigen, würde man damit die erbitterte Gegnerschaft Ungarns herausfordern, das den großen selbständigen Südslawenstaat, auch wenn er zum Habsburgerreiche gehört, entschieden nicht will. Eine realpolitische Strömung, die vielleicht beim Volke allmählich größeren Anhang finden wird, sucht deshalb einen Ausgleich zwischen dem Willen Ungarns und den Wünschen der Serbokroaten und spricht nur davon, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina mit Kroatien-Slavonien zu vereinigen, alles unter der Oberhoheit der Stefanskrone, als Zuwachs zum Gesamtgebiet des ungarischen Staates. Auf Dalmatien hat die Stefanskrone einen historischen Anspruch, aber seit mehr als hundert Jahren ist das Ländchen mit Oesterreich verbunden. Es ist nun nicht leicht zu verstehen, daß die Ungarn den Südslawen zu Liebe ernstlich von Oesterreich die Herausgabe dieses Küstengebiets fordern sollten, doch der Ministerpräsident Wekerle hat die vergilbte Forderung mit so großem Nachdruck geltend gemacht, daß auf mehr als ein Scheinmanöver zu schließen ist. Käme nun aber Dalmatien zu Ungarn-Kroatien, so würde es nur eine Frage der Zeit sein, daß auch das gemeinsame „Reichsland" Bosnien der Stefanskrone zufällt, denn es ist das Hinterland von Dalmatien und auf den Zusammenhang angewiesen. Nach dem ungarischen Standpunkte, den mir einer der gegenwärtigen ungarischen Minister darlegte, sind Bosnien und die Herzegowina 1878 von Oesterreich-Ungarn in Verfolgung alter Rechte der Stefanskrone okkupiert worden. Uebrigens wünsche die bosnische Bevölkerung die Vereinigung mit dem ungarischen Staate, mit Ausnahme der

Mohammedaner, welche lieber eine Autonomie haben möchten, weil sie fürchten, in einem großen Lande ihre alte feudale Grundbesitzverfassung nicht behaupten zu können. Das Merkwürdige ist, daß diese Pläne in Oesterreich nicht den Widerstand hervorrufen wie die Ansprüche Ungarns sonst. Einflußreiche Politiker und Beamte sind der Meinung, Dalmatien liege vom Leibe ihres Staates so entfernt, daß die Abtretung an befreundete Hände keinen allzugroßen Verlust bedeuten würde. Das Land ist arm, sein Verkehrswert, der wegen der guten Häfen sehr steigerungsfähig ist, wurde kaum entwickelt, denn zu Lande ist Dalmatien nur über ungarisches Staatsgebiet erreichbar und die Eisenbahnen dorthin sind, weil Oesterreich aus vielen Gründen geringe Tatkraft bewies und die ungarische Bahnpolitik zum Entgegenkommen keinen Grund sah, aufs äußerste vernachlässigt; mit den inneren Verkehrswegen ist Dalmatien jetzt schlechter daran als im Mittelalter. Dagegen ist man in Wien natürlich entschlossen, Istrien mit Triest festzuhalten und nach Kräften zu entwickeln. Die Slawen Istriens sind in der Mehrzahl Slowenen; es würde also, wenn diese Gedanken verwirklicht werden, der slowenische Stamm bei Oesterreich bleiben, der serbokroatische aber fast ganz zu Ungarn kommen. Für beide Reichshälften aber wird die südslawische Nation in Zukunft noch wichtiger sein als vorher, weil das Küstengebiet Oesterreich-Ungarns ganz in ihrer Hand ist. Dalmatiner, Istrier und Kroaten liefern den besten Stamm der Kriegs- und Handelsflotte. Bisher hatte man in Triest nach der herrlichen Staatsmaxime „Divide et impera“ mit dem Auge der Gunst auf das Italienertum geblickt, um die Slawen nicht zu üppig werden zu lassen, sowie man anderswo Deutsche und Tschechen, Polen und Ruthenen gegen einander ausspielte und damit ein Wunder an staatsmännischer Kunst zu leisten vermeinte. Vermutlich wird in Zukunft eine andere Ansicht herrschen und ohnedies dürfte sich das reichsitalienische Element, das nach Triest kam, um die Stadt politisch zu erobern, minder eifrig dahin drängen. In Dalmatien, das früher ebenfalls von italienischer Kultur durchtränkt war, ist

deren Rückgang und die innere Slawisierung schon seit einiger Zeit sichtbar geworden. Ueberall in diesen Ländern ist die Festigung des einheimischen Volkstums zu bemerken. Wird nicht schon die nächstliegende machtpolitische Rücksicht die Regierungen nötigen, ein Volk, das alle Zugänge des Reiches zum Meere inne hat, im Reiche zu befriedigen?

Die Aufgabe würde vor allem Ungarn zufallen und die innere Disposition dazu ist freilich bei den Magyaren nicht gerade sichtbar. Was kann sie aber überhaupt veranlassen, noch mehr Slawen in ihr Staatsgebilde hineinzubringen? Die südslawische Frage ist für Ungarn lebenswichtig und man mag in Budapest zu der Ansicht gekommen sein, daß es angesichts möglicher Entwicklungen das beste sei, diese stachlige Frucht selber fest in die Hand zu nehmen. Die serbisch-kroatischen Gebiete sind für die Magyaren besonders deshalb so wertvoll, weil ohne sie ihr Staat ein reines Binnenland sein würde. Heute hat Ungarn nur den kleinen kroatischen Küstenstreifen mit Fiume; nach der Erwerbung von Dalmatien und Bosnien würde es ein sehr ansehnlicher Seestaat sein und die Balkan- und Adriapolitik der Monarchie noch viel entscheidender bestimmen als bisher. Die äußere Gelegenheit aber, um diesen Gebietszuwachs zu begründen, mag sich bieten, wenn der polnische Staat unter das Szepter Habsburgs kommen sollte und als Morgengabe Galizien von Oesterreich erhielte. Dabei wäre die Einwilligung Ungarns nicht zu umgehen, und man könnte in Budapest finden, daß die Fortsetzung der Union mit einem so geschwächten Nachbarn eine ernsthafte Angelegenheit sei. Ungarn würde nach dieser Logik ein ansehnliches Schmerzensgeld beanspruchen dürfen, weil Oesterreich um mehr als ein Viertel kleiner wird; und gehen infolgedessen auch Dalmatien und der Anteil an Bosnien-Herzegowina fort, so würde Zisleithanien ein volles Drittel an Gebiet und Einwohnerzahl verlieren. Da aber die Ungarn nicht die einzigen Verbündeten dieses Staates sind, so erwecken jene Pläne und Berechnungen vielleicht auch sonst Beachtung.

VIII.

Austropolnische Politik.

Für ein Gebilde wie das Habsburgerreich, unter dessen vielzuvielen Nationen nur zwei vollständige sind, die Tschechen und die Magyaren, alle anderen aber bloß Glieder weitergestreckter Stammeskörper, gehen auswärtige und innere Politik fortwährend in eins zusammen. Die Entwicklung in den angrenzenden Staaten muß unmittelbar auf die Struktur der Monarchie zurückwirken. Sogar das Verhalten der Deutschen, die solange die ziemlich unergiebige Ehrenstelle der Staats- und Reichsnation eingenommen haben, erhält seine Richtung nicht allein durch ihr Leben im Staate, es wird wesentlich von dem Schicksal und der Meinung des großen deutschen Volkes draußen bestimmt. So ist es in noch höherem Grade bei Italienern, Rumänen und Südslawen, und es wird so bei den Ruthenen, die viel mehr als früher von dem sich nun kräftig regenden Volkstum der Ukraine abhängig sein werden. Eine Nation aber gab es, die, mehreren Mächten angehörend, sich bei keiner so wohl gefühlt hat wie bei Oesterreich, und deren Entwicklung deshalb im Gegensatz zu den vorher genannten entscheidend von Oesterreich beeinflußt werden konnte: Die Polen. Es war ein sehr großer Erfolg des Kaisers Franz Josef, der diese seine persönliche Politik mit großer Konsequenz festhielt, daß eine Rasse, die in Europa als die erzrevolutionäre galt, allein in seinem Reiche politisch gezähmt und zur dynastischen Loyalität erzogen wurde. Der Polenklub ist die immer zuverlässige Staatspartei Oesterreichs gewesen. Nicht, daß er sich für treue Dienste nicht hätte belohnen lassen. Aber, wie wir im Kriege gelernt haben, die

Gesetze des Marktes sind gar nicht immer gültig, es macht nicht so sehr viel aus, daß die Ware teuer ist, wenn man sie überhaupt nur kaufen kann. Vom Standpunkte jener letzten, alles überblickenden und gegeneinander abwägenden großösterreichischen Staatsraison, die freilich nicht in den parlamentarischen Körperschaften, auch nicht ohne weiteres in den Ministerien verkörpert ist, vielleicht aber in einem innersten vertrauten Ringe um den Monarchen, sind die galizischen Polen ein äußerst erwünschtes und nützliches Element gewesen. Ob nun bei den galizischen Wahlen ein wenig Blut vergossen wird, ob der Analphabetismus unter den Bauern ein paar Prozente höher ist als anderswo, ob die in nicht unbedeutender Zahl vorhandenen Juden sich durch soziale Zustände von besonderer Scheußlichkeit auffällig machen oder nicht, das kann für eine von so vielerlei schweren Sorgen geplagte Regierung nicht so wichtig sein, als daß die führenden Schichten der größten Staatsprovinz, eines Landes, das größer und wesentlich volkreicher ist als das Königreich Bayern, immer zur Verfügung standen, die Schweizergarde des dynastischen Gedankens bildeten. Dies wird in Deutschland kaum verstanden, wo man zwar viel Material über die unzähligen Einzelfragen Oesterreich-Ungarns hat, aber wenig inneren Blick für das Zusammengehen all dieser widerspruchsvollen Erscheinungen. Wie kann in Wien, sagen wir einmal, die seelische Haltung zur polnischen Frage die nämliche sein wie in Berlin, wo die Geschichte und unsere eigene Politik gänzlich verschiedene Voraussetzungen geschaffen haben? Es wird einiger Geschicklichkeit bei den verantwortlichen Staatsmännern bedürfen, wenn die Entscheidung schließlich das Verhältnis der Reiche nicht verändern soll, es sei denn zum Vorteil beider.

Ein Wort zur geschichtlichen Erklärung ist nicht zu vermeiden. Der politische Aufstieg des Polentums in Oesterreich datiert aus derselben Zeit wie der magyarische, nämlich aus der Periode der Niederlagen auf den lombardischen und böhmischen Schlachtfeldern, und die Stellung, die Galizien

im österreichischen Staate erhielt, ist ein schwächeres Abbild derjenigen Ungarns im Gesamtreiche. Nach den großen Verlusten an äußerer Macht wollte man die innere Einheit stärken. Die Polen hatten damals den blutigen und erfolglosen Aufstand von 1863 gegen die russische Herrschaft hinter sich. Der schwer gereizte Despotismus nahm fürchterliche Rache. Die Nation fühlte sich zertreten, selbst ihre physische Zukunft schien in Frage gestellt zu sein. In Preußen war nichts zu hoffen, Bismarck gründete ja seine Politik auf die engste Verbindung mit Rußland. Da traf das gequälte Volk ein Sonnenblick der Gnade vom österreichischen Kaiserthrone, und es fand sich zum Glück für die Polen eine Partei, die fähig war, die Gunst der Stunde zu nutzen. Die entsetzlichen Lehren der Wirklichkeit gaben denen Recht, die klarmachten, daß mit dem allgemeinen Konspirieren gegen die Staatsgewalten nichts mehr zu erreichen sei. Diese realistische Stimmung kristallisierte sich in Krakau, am Sitze der alten Jagellonen-Universität, erst in einer historisch-politischen Gelehrtenschule, dann in einer Partei. Man untersuchte die nationale Vergangenheit und gelangte über den Schutt der Selbsttäuschungen und Phrasen zur nüchternen Erkenntnis. Schriftsteller fanden sich, die den Mut hatten, ihrem Volke zu sagen, daß es nicht bloß durch fremde Ränke und Gewalt zu Grunde gegangen sei, sondern wesentlich an schweren inneren Gebrechen, an der Anarchie und der schrankenlosen Selbstsucht der oberen Klassen. So der Historiker Kozmian, der von der vorhergehenden Zeit einer pathetisch-tragischen Stimmung schrieb: „Das Volk wurde belogen und es belog sich selbst; die Lüge feierte in der polnischen Gesellschaft Triumphe, denn sie entsprach ihren Gefühlen. Die Lüge wurde zur Gewohnheit.“ So der noch hervorragend wirksame Michal Bobrzynski, den viele Polen für ihren bedeutendsten lebenden Staatsmann halten. Er wagte als junger Mann zu bekennen: „Wir hatten keine Regierung, und dies ist die einzige Ursache unseres Falles.“ Man verglich sich, indem man es unternahm, einem daran nicht gewöhnten Volke die Wahrheit zu sagen, mit der Figur des alten Hofnarren

(stanczyk), dem sein Amt das Recht verlieh, sogar den Königen den Star zu stechen. Von da erhielt die ganze Richtung den Namen Stanczyken-Partei. Sie war antirevolutionär und realpolitisch, das hieß aber, wie die Dinge in Oesterreich und Galizien lagen, streng monarchisch, konservativ, aristokratisch und klerikal. Natürlich wurde die von bedeutenden Männern erfaßte Idee von der gewöhnlichen Tagespolitik sehr bald vergröbert, sodaß die Stanczyken in Wirklichkeit den regierenden Großgrundbesitzerstand vertraten. Trotzdem war diese Krakauer Partei eine hervorragende Erscheinung, wohl die einzige politische Organisation von nachhaltiger Kraft, die dem Polentum in moderner Zeit geglückt ist. Mit stets bekundeter Ergebenheit blickte man auf das habsburgische Kaiserhaus, ganz besonders auf die Person des alten Herrschers. Noch immer ist der schwärmerische Zuruf nicht verhallt: „Zu dir, Herr, stehen wir und wollen wir fürder stehen!“ Man begreift, daß eine solche Sprache einem Monarchen wohltönend erschien, der viel Bitteres erfahren hatte, auch von seinen eigenen Völkern. Der Lohn der Treue aber waren „Sondereinrichtungen“, die sich mehr und mehr zu einer förmlichen Autonomie entwickelten. Galizien wurde zum Staat im Staate, zu einem sich selbst verwaltenden Lande, das nur noch durch ein loses Band mit den anderen Kronländern verknüpft ist. Die Polen besetzen bei sich alle Aemter selbst, für gewöhnlich auch das des Statthalters. Sie haben zum Nachteil der Ruthenen das Schulwesen in der Hand. Die polnische Sprache ist die amtliche. Die Justizverwaltung ist in sich geschlossen, der Oberste Gerichtshof des Staates hat einen eigenen galizischen Senat. Endlich stellt der Polenklub in jedem Kabinett einen Minister für Galizien, der nicht, wie die „Landsmannminister“ aus den anderen Nationen die problematische Aufgabe hat, wütende Nationalparteien mit der Regierung „auszusöhnen“, sondern dem die ernsthafte Kontrolle von Politik und Verwaltung im Interesse des Polentums zusteht. Nicht zu übersehen ist, daß aus den Reihen der polnischen Führer recht viele und einflußreiche Minister für den Staat und das Reich

hervorgegangen sind, Männer wie Dunajewski, Goluchowski, Badeni, Bilinski. In Summa: Die Polen hatten es in Oesterreich vor dem Kriege so weit gebracht, wie es, wenn sie auf staatliche Unabhängigkeit verzichteten, nur möglich war. Von ihrer bevorzugten Stellung ging nie etwas verloren. Weil eine Regierung nach der andern immer in denselben Bedrängnissen schwebte, blieb der Polenklub für eine jede gleich begehrenswert; er konnte sich sozusagen niemals ausverkaufen. Es wurde schon angedeutet, daß mehr als ein Hauch von Korruption an diesem System haftet. Die Rolle des Polenklubs wurde ähnlich der der preußischen Konservativen; eine Partei, welche die monarchische Gesinnung in Erbpacht genommen hat, durfte ein wenig materiellen Dank dafür von den übrigen Staatsbürgern wohl beanspruchen.

In diesem Zusammenhang sieht das polnische Problem anders aus, als es dem preußischen Hakatisten erscheint. Auf unserer Seite ist starkes Mißtrauen bemerkbar, freilich eine schlechte Grundlage, um einem Volke, das man befreit hat, darauf einen Staat zu bauen. In Wien ist bei denen, auf die es ankommt, das gleiche Mißtrauen nicht vorauszusetzen, weil die Beziehungen viel bessere waren. Dagegen macht man sich in Deutschland noch immer nicht die Schwierigkeiten klar, welche aus der Errichtung des selbständigen Königreichs Polen für Oesterreich deshalb entstehen müssen, weil es fast unvermeidlich ist, daß Galizien diesem Staate angeschlossen wird. Nach Ansicht hervorragender österreichischer Politiker würde es ein schwerer Fehler sein, nicht von Anfang an Kongreßpolen mit Galizien unter habsburgischem Szepter zu vereinigen, denn der polnische Nationalgedanke wird die Verbindung schließlich erzwingen und es könnte, wenn die Mittelmächte eine andere Ordnung schaffen, höchstens zu neuen Erschütterungen kommen. Die österreichische Zentralregierung besitzt gar nicht die Mittel, wie die preußische Verwaltung in Posen sie hätte, um eine Irredentabewegung in Galizien zu unterdrücken. Es wurde gesagt,

daß die Landesverwaltung schon vor dem Kriege ganz in den Händen der Polen lag, darüber hinaus hat der Kaiser im November 1916 Galizien noch eine bedeutende Erweiterung seiner Sonderrechte zugesagt. Soll aber der Gedanke an den Verlust die österreichischen Staatsmänner nicht mit Bangen erfüllen? Ganz abgesehen von den politischen Erwägungen kann die wirtschaftliche Ertragsfähigkeit des Landes noch sehr entwickelt werden, und wenn sich mit ihr die Bevölkerung vermehrt, so würde sein Wert als Käufergebiet für die westösterreichische Industrie wesentlich steigen. Auch kann man schon aus Rücksicht auf die Finanzen und die Verzinsung der Anleihen doch nicht einfach ein so großes Land aus dem Staatsverbande entlassen. Wer glauben sollte, daß die Galizier gern einen angemessenen Teil der österreichischen Schuld auf den Weg ins neue Polen mitnehmen wollen, der würde irren. Im Gegenteil, sie wünschen für die Reise möglichst noch die Hände gefüllt zu erhalten, zumal das künftige Polen, nachdem in seinen Provinzen der furchtbare Krieg Jahre lang gehaust hat, seine Laufbahn als recht armes Land beginnen wird. Es gibt noch andere Bedenken. Im äußersten südöstlichen Winkel Galiziens liegt die kleine Bukowina, die nach der Lostrennung jener großen Provinz in weiter Entfernung von Oesterreich zwischen Polen, Ungarn, Rußland und Rumänien eingeklemmt sein wird. Es ist schwer zu begreifen, wie das verkleinerte Zisleithanien auf die Dauer dieses entlegene Ländchen soll halten können. Ein bejahrter polnischer Staatsmann, dem österreichische Politiker ihre Sorge darüber aussprachen, gab zwar tröstend zur Antwort: „Wir werden den Herren Freikarten durch Galizien geben!“; aber damit ist es nicht getan. Vermutlich werden sich dann die Ruthenen und die Rumänen der Bukowina, die dort die Mehrheit sind, von Oesterreich weg zu ihren benachbarten Stammesgenossen hinentwickeln. Das deutsche Kulturelement wird langsam oder schnell wegschmelzen.

Alles das macht es erklärlicher, daß Oesterreich sich so lange nicht darüber klar wurde, ob es das polnische Gemein-

wesen wünschen solle oder nicht, daß, als im November 1915 der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg formell anbot, aus Russisch-Polen und Galizien ein neues Königreich des Kaisers von Oesterreich zu machen, der Minister Baron Burian sich nicht entschließen konnte, zuzugreifen. Allerdings war an den deutschen Vorschlag die Bedingung geknüpft, daß aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen eine wirtschaftliche und militärpolitische Einheit werde, und es scheint, daß der damalige Leiter der auswärtigen Politik in Wien geglaubt hat, er könne den Handel auch wohl besser abschließen. Nach der Niederlage von Luzk im Sommer 1916 wollte man sich bescheiden, aus Russisch-Polen ohne Galizien einen mit Oesterreich-Ungarn nicht verbundenen Staat zu bilden, bis die neuen Siege der Zentralmächte die Weltlage veränderten und die „austropolnische" Lösung sich abermals den Staatsmännern aufdrängte. Die Schwierigkeiten sind die alten geblieben, wiederum rollt sich der ganze Lauf unabweisbarer Folgen vor dem bestürzten Auge ab. Allerdings wird von den radikalen Deutsch-Nationalen Oesterreichs die Ablösung Galiziens bewillkommnet, weil diese Richtung darin das Mittel sieht, den deutschen Einfluß wieder zum herrschenden im Staate zu machen. Wenn die Polen, so denkt man, nicht mehr im Parlament erscheinen, dann können die Deutschen die Mehrheit herstellen und die Verfassung nach ihrem Willen ordnen. Hierin liegt eine neue Täuschung der alldeutschen Illusionspolitik. Die Tschechen, auf die es vor allem abgesehen ist, werden, nachdem die Dinge so weit gelangt sind, nicht über ihren Kopf hin Gesetze machen lassen, um dann ruhig nach Hause zu gehen und ihnen zu gehorchen. Ein Volk, das unter der Militärdiktatur eines langen Krieges einen solchen Widerstand entfaltet, begnügt sich im Friedenszustand nicht mit papierenen Protesten. Wenn ein Parlament und eine Nation mit den Köpfen zusammenstoßen, so muß nicht notwendig die Nation in Stücke gehen. Im Gegensatz zu den ungarischen politischen Verhältnissen sind die österreichischen entsprechend dem höheren Kulturgrad

der Völker dahin gelangt, daß ein stillschweigendes Uebereinkommen bestand, keine Nation mehr zu majorisieren, sondern nur noch die freie Einigung anzustreben. Weder werden sich die Deutschen durch Mehrheiten vergewaltigen lassen, noch können sie andere vergewaltigen. Und es ist eine kümmerliche Anschauung von einer für die Zukunft des Deutschtums unendlich wichtigen Sache, wenn man das Urteil über den Polenstaat danach einrichten will, ob dabei im Wiener Reichsrat eine deutsche Mehrheit abfällt oder nicht.

Wie jeder anderen ersinnlichen Lösung des polnischen Problems stellen sich der austropolnischen auf Schritt und Tritt die größten Schwierigkeiten und Bedenken entgegen. Für sie spricht vom österreichischen Standpunkte entschieden, daß sie den einzigen Weg zeigt, um gleichzeitig dem polnischen Volke Galizien zu verschaffen und dennoch Oesterreich die Verbindung mit dieser wichtigen Provinz zu lassen. Sofort indessen melden sich andere Zweifel. Jedem auswärtigen Staatsmanne ist es dringend zu empfehlen, österreichische politica nicht unbesehen zum konventionellen Wiener Kurse anzunehmen, sondern sich selber ein Urteil zu verschaffen. Für alles, was jetzt unternommen wird, ist Deutschland mithaftbar, es darf nichts gutheißen, kein Gebäude errichten helfen, dessen Fundamente nicht sorgfältig auf die Tragfähigkeit untersucht sind. Will man ohne genaue Prüfung Galizien als Grundpfeiler in den neuen Staat einmauern, so kann es geschehen, daß eine ganze Seite des Hauses einsinkt, ehe der Bau noch trocken ist. Denn Galizien ist ja wieder keine Einheit, sondern ein künstlicher Komplex von Bestandteilen, die sich gegenseitig aufzufressen trachten! Es birgt in sich einen Nationalitätenhader, der an Wildheit keinem in habsburgischen Landen etwas nachgibt. Der Schluß ist logisch: Wer über die Polenfrage, folglich über die Zukunft Oesterreich-Ungarns, folglich über die Aussichten der deutschen Bündnispolitik eine Ansicht gewinnen will, der kann an den Rassenkämpfen im Lande Galizien nicht vorübergehen.

IX.

Die galizische Frage.

Es ist bisher nicht gelungen, für den Anschluß ganz Polens an das Reich der Habsburger eine Form vorzuschlagen, die ohne weiteres einleuchtend und politisch beruhigend wäre. Aus dem großen Polenstaate einen Unterteil Zisleithaniens zu machen, ein vergrößertes Kronland Galizien also, ist unmöglich, weil das ohnehin nicht sehr feste Gefüge jener Organisation dafür nicht geschaffen ist. Soll Polen als dritter Staat der Monarchie neben Oesterreich und Ungarn treten, so müßten die gemeinsamen Einrichtungen danach umgeändert werden. Ungarn, das heute rechtlich die Hälfte des Einflusses auf die Reichspolitik übt — tatsächlich mehr — würde sich dann mit einem Drittel zu begnügen haben. Da nun die Gefahr, in den Delegationen durch eine Verbindung österreichischer mit polnischen Stimmen majorisiert zu werden immerhin denkbar ist, so wird in Budapest ungeachtet einzelner Gönner der Trias Oesterreich-Ungarn-Polen schließlich wohl geringe Neigung bestehen, den polnischen Staat in das Reich einzulassen. Es bliebe dann nur übrig, daß Polen und die Doppelmonarchie denselben Souverän hätten, aber keine Verbindung unter sich. In Wirklichkeit wird freilich ein Fürst, der über mehrere formell geschiedene Länder regiert, in seinen Entschließungen immer seine Gesamtstellung berücksichtigen. Vor vierhundert Jahren war es möglich, daß Karl V. für sein spanisches Reich Kriege führte und Verträge schloß, die seine deutschen Erblande gleichgültig ließen. Aehnliches wäre heute undenkbar, selbst wenn es sich nicht um unmittelbar benachbarte Länder handelte. Mit dem Worte „Personalunion" ist also noch wenig gesagt; man wird immer

Mittel finden müssen, den politischen Ausgleich herzustellen. Wenn es nun aber nicht angeht, hiermit verfassungsmäßige Organe zu beauftragen, wie sie in dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn denn doch bestehen, wie ungeheuer wichtig ist dann die Aufgabe des persönlichen Faktors, der Krone! Wenn es keine überstaatlichen Vertretungskörper, keine gemeinschaftlichen Minister, keine organischen Verträge gibt, dann ruht die Pflicht, die trennenden Tendenzen zu bekämpfen und die verbindenden zu stärken, auf dem Monarchen allein Auch eine Folge des großen Krieges mit seinen demokratischen Wirkungen: Ein sehr wesentlicher Bestandteil der neuen Weltordnung soll gegründet werden auf die Meinung, die Fähigkeit, den Willen — eines Hofes.

Die Regierbarkeit des neuen Staates wird zum Teil davon abhängen, ob darin die in Galizien bisher maßgebenden Schichten führend sind. Sollte das politische Galizien etwa in Polen die Rolle einnehmen, die im Deutschen Reiche Preußen zufiel, dann wäre eine Entwicklung nach den Wünschen des Monarchen und der konservativ-aristokratischen Elemente gewiß eher verbürgt. In dem Chaos der polnischen Zustände ist es schwer zu prophezeien, aber selbst in Galizien geht der Einfluß der konservativen und austropolnischen Gedanken zurück. Nicht, daß die Grundidee der Stanczyken, besonnene Realpolitik, vergessen wäre. Im Gegenteil, man könnte finden, daß die Lehren der Schule den Nationalcharakter eigentümlich verändert haben. Von dem alten Feuer der polnischen Seele wird man heute nicht viel bemerken, es ist wahrscheinlich da, aber überdeckt von der grauen Asche nüchtern rechnender Klugheit. Wenn sich in einem Volke, das so lange Zeit keinen Staat besaß, in dieser Stunde große Kreise als „Passivisten" bezeichnen können, das heißt als Leute, welche es für besser halten, abzuwarten, was kommen wird, so muß das allerdings erkältend auf den Beschauer wirken. Heute oder nie müßten die Polen ihr Geschick in beide Hände nehmen. Auch wenn man alles gelten läßt, was sie zur Erklärung anführen, wenn die Mißgriffe auf unserer Seite groß waren, das Auftreten von deutschen Offizieren und Beamten Ver-

stimmung hervorrufen konnte, so hätte der Seelenaufschwung der Befreiungszeit die Menschen doch darüber hinwegreißen, hätte vor allen Dingen die Aufstellung einer großen eigenen Armee gelingen müssen; denn der Einwand, daß die vorgeschriebene, zu unpersönlich klingende Eidesformel nicht geeignet gewesen sei, die polnischen Herzen zu begeistern, klingt wirklich nicht überzeugend. Hätten die Polen große Führer, so würde es wahrscheinlich anders stehen. Aber das ist eben der Fluch der politischen Unfreiheit, daß eine Nation verlernt, wem sie vertrauen und folgen könne. Da nun einmal eine flaue Stimmung nicht wegzuleugnen ist, so würden wir töricht sein, uns über die Grundtatsachen im Verhältnis der Polen zu Deutschland zu täuschen. Sie wissen, daß die Mittelmächte nicht in den Kampf zogen, um sie zu befreien, daß der wiederhergestellte polnische Staat ein Ergebnis zwingender Umstände ist, gewissermaßen ein Nebenprodukt in dem ungeheuren Einschmelzungsverfahren, bei dem Europa in den Hochofen kam. Daher der verbreitete „Passivismus". Die Deutschen glauben vielleicht, daß sie der Nation mit dem neuen Staate ein nie zu erhoffendes Geschenk machen; dagegen finden die Polen, daß die Abstellung eines hundertjährigen Unrechts noch keinen Anspruch auf überfließende und ewige Dankbarkeit begründe. Daß vor dem Kriege unsere Polenpolitik keine wesentliche Gefühlswärme erzeugen konnte, wird man nicht verwunderlich finden. Der österreichische Polenklub hatte bereits zu erkennen gegeben, daß er nur aus Loyalität gegen den Monarchen noch für das Bündnis mit Deutschland stimme, und er faßte, der Volksstimmung Rechnung tragend, im Jahre 1912 die Resolution, daß seine Stellung zur bisherigen Bündnispolitik Oesterreichs durch das Vorgehen Preußens gegen seine Polen entscheidend beeinflußt werden müsse. Die zu schaffende Neuordnung im Osten hat nach alledem nur dann Aussichten auf längeres Bestehen, wenn es gelingt, ein gutes, von dauerndem Vertrauen getragenes Verhältnis zwischen Deutschtum und Polentum zu begründen. Sie hängt ab nicht von dem leeren Begriffe

„Personalunion", sondern von dem Geiste, der zwischen den Völkern walten wird.

Die Krakauer Stanczyken-Partei lehrte, daß Polen zu Westeuropa gehöre und ihm von Rußland nur Unheil und Verwirrung kommen könne. Die antirussische Stimmung war auch in Kongreß-Polen herrschend, bis die Revolution von 1905 einen Umschwung herbeiführte. Durch die Arbeit der allpolnisch-demokratischen Richtung, die auch in Galizien starke Anhängerschaft gewonnen hat, ist seitdem der Gegensatz zum Russentum geringer geworden, und die freiheitliche Entwicklung im großen Russenvolke kann nicht ohne Wirkung auf Polen bleiben. Im Beginn des neuen Staatslebens werden die österreichischen Polen wahrscheinlich stärkeren Einfluß üben, weil sie seit langem ein politisches Leben, Parteiorganisationen, Erfahrung im Parlamentarismus und in der Verwaltung besitzen. In Galizien regiert der Großgrundbesitz. Die Verbindung mit Oesterreich hat dort wie in Ungarn konservierend auf soziale und politische Zustände gewirkt, die sich im freien Kampfe der Kräfte vielleicht nicht erhalten hätten. Im großen Polen aber wird das Leben drangvoll und reich an Gegensätzen sein und es ist nicht zu vermuten, daß ein feudales Regiment sich wie in Ungarn lange behaupten könnte. Führende galizische Konservative bezweifeln selbst, daß ihre Ideen das polnische Volk noch beherrschen. In Kongreß-Polen sind die Zustände dem Typus der modernen bürgerlich-industriellen Gesellschaft näher. Der russische Absolutismus hat ohne eigenes Verdienst dafür gearbeitet, indem er den Adel als den Träger der nationalen Idee bekämpfte und das Bauerntum begünstigte, die gebildeten Schichten aber von der Teilnahme an der Politik und am Beamtentum fernhielt und somit zwang, zur gewerblichen Mittelklasse zu werden. Wenn diese ihren Platz in der Politik begehrt, wenn die industrielle Arbeiterschaft in die Arena einmarschiert, dann wird ein neu zum Leben erwachtes großes Volk schwerlich mit diplomatischen Mitteln, die auf dem Wiener Boden Erfolge hatten, geleitet werden können.

Die Richtung der polnischen Sympathien muß sehr wesentlich von der Größe abhängen, die man dem Staate gibt. Es ist denkbar, daß das Mißtrauen zur Schaffung eines zu kleinen Landes führt. Dann bilden wir einen irredentistischen Staat, der verurteilt ist, vom ersten Tage an auf Veränderungen zu sinnen; die Polen selbst sagen, daß Litauen ihr Elsaß-Lothringen sei, auf das sie nur gezwungen verzichten werden, und noch viel klarer ist es, daß die Angliederung neuen rein polnischen Gebietes an Deutschland ein Serbien in unserer Flanke schaffen würde. Es ist aber auch denkbar, daß man dem polnischen Staate Gebiete einverleibt, auf die er höchstens historische Ansprüche, aber kein inneres Recht besitzt, weil nicht polnische Menschen dort wohnen. Dann machen sich die Mittelmächte verantwortlich für ein falsches System, das nicht dauern kann, und sie werden die Folgen dafür zu tragen haben. Die Polen sagen allerdings, daß sie durchaus imstande seien, die Stammfremden innerhalb ihrer Grenzen zu versöhnen. Welche Bürgschaften können sie dafür bieten? Es gibt nur ein Land, in dem sie die Fähigkeit zur schmerzlosen Assimilierung anderer Völker hätten nachweisen können, das ist Ostgalizien. Sie haben den Nachweis nicht erbracht. Der Rassenhaß ist in diesem Lande fanatisch, und es ist nicht im mindesten wahrscheinlich, daß die Gefühle der Ruthenen, oder wie sie sich jetzt lieber nennen, der Ukrainer, anders werden, sobald sie dem selbständigen polnischen Staatswesen angehören. Wie ist zunächst das Kräfteverhältnis? Die Volkszählung ergab 1910 in Galizien 4 672 500 Polen und 3 208 092 Ukrainer. Aber Volkszählungen in national heiß umstrittenem Gebiet sind immer mit sehr großer Vorsicht aufzunehmen. Die Polen selber haben statistische Berechnungen darüber geliefert, daß in Posen durch die preußische Verwaltung die Ergebnisse in einem für die Deutschen viel zu günstigen Sinne beeinflußt worden seien. Nun gar Galizien! Die Zählungen werden bisweilen zu offenen Kämpfen, wenn die Willkür der Zählungsbeamten zu weit geht. Der Ruthene ist oft in dienen-

der Stellung beim Polen beschäftigt, oft sind die Leute auch selber noch national unsicher, und abhängige Menschen werden nur selten die Liste korrigieren, wenn sie falsch eingetragen werden. Unter verschiedenen anderen Umständen, die in derselben Bahn wirken, ist die Einordnung des Judentums nicht zu vergessen. Galizien hat ein Achtel jüdischer Einwohner, die zum kleinsten Teile polonisiert sind. Natürlich wird, wie im übrigen Polen, auch hier deren Stellung im Staate ein enorm schwieriges Problem sein. Die sozialen Zustände der blutarmen Juden sind vollkommen unhaltbar, und das Tragische ist, daß die höhere Entwicklung des polnischen Volkes unzähligen jüdischen Existenzen, die auf der Grenze des Verhungerns vegetieren, zum Verhängnis werden muß. Ein Teil der Juden beansprucht, im polnischen Staate eine eigene Nationalität zu bilden, ein noch größerer Teil möchte wahrscheinlich in den gewohnten Zuständen mit der entfernten Anlehnung an Oesterreich und Westeuropa weiterleben. In jedem Falle ist es ein sehr anfechtbares Verfahren, wenn die Polen die Juden einfach für sich buchen. Mit diesen Vorbehalten sind die Ergebnisse der Volkszählungen aufzunehmen. Der ukrainische Stamm hat seine Hauptsitze im Lande östlich vom San, aber auch in Westgalizien wohnen Ruthenen, wie andererseits Ostgalizien als altes Gebiet der polnischen Kolonisation starke polnische Minderheiten aufweist. Die Hauptstadt Lemberg wird von den Ruthenen für sich beansprucht. Sie macht dem auswärtigen Besucher einen durchaus polnischen Eindruck, aber die Ruthenen sagen, daß das Polentum nur an der Oberfläche sitze, daß Handel und Gewerbe, was der Wahrheit nahekommen dürfte, beinahe ganz den Juden gehören und die unteren Klassen ruthenisch seien und durch beständigen Zuzug vom Lande immer mehr werden. In diesen mit schonungsloser Erbitterung geführten Kämpfen, in denen sich beide Seiten der Lüge und jeglicher Gemeinheit beschuldigen, die objektive Wahrheit festzustellen, dazu würde eine lebenslange Beschäftigung nur mit dem Gegenstand erforderlich sein. Wo ist im nationalen Kampfe Recht und Unrecht?

Wohl aber mag sich auch der Fremde ein Urteil darüber bilden, ob die Beziehungen zwischen den beiden Völkern überhaupt noch ein nur irgend erträgliches Zusammenleben in einem selbständigen Staate in Aussicht stellen. Die Polen sagen, Ostgalizien gehöre ohne jeden Zweifel ihnen, aber man gebe ihnen nur erst ihren Staat und sie würden den Ruthenen alle Rechte einräumen, die sie billigerweise nur verlangen könnten. Darauf sagen die Ruthenen, wenn man sie von Oesterreich weg zum polnischen Staate bringe, so bedeute das die Revolution; sie würden dann alles aufbieten, und wenn ihre heutigen Führer zu schwach wären, so würden neue Führer alles in Bewegung setzen, um die ukrainische Unabhängigkeit zu erkämpfen. Schaffe man den polnischen Staat, so müsse vielmehr Ostgalizien abgetrennt und ein besonderes bei Oesterreich verbleibendes Kronland werden. Hierüber spotten wieder die Polen; ganz so gefährlich sei es mit den Ukrainern doch nicht. Aber welche Garantien haben wir — denn es ist immer zu wiederholen: Wir machen diese staatliche Ordnung, der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter wird in neue Kriege ziehen müssen, wenn diese Ordnung nichts taugt — welche Garantien geben uns die Polen, daß sie mit ihren Nationalitäten fertig werden können? Es geht nicht an, die ukrainische Bewegung als ungefährlich hinzustellen, wenn man nur bedenkt, was in den letzten Jahren vor dem Kriege geschah. Ein Statthalter von Galizien, Graf Andreas Potocki, ist von einem ruthenischen Studenten ermordet worden. Wie heftig die Gärung unter diesen Studenten ist, bewiesen die Kämpfe an der Lemberger Universität, in deren Gängen förmliche Schlachten zwischen polnischen und ruthenischen Hörern stattgefunden haben, wobei mit Revolvern gekämpft und Blut vergossen wurde. In der Aula der Universität kann man an den Bildern der Rektoren die Spuren der ruthenischen Messer noch recht deutlich wahrnehmen. Ein gewisser Teil des galizischen Ruthenentums neigte ja längst zu Rußland, und die russische Politik hat sich, wie vor dem Kriege

aus den Umtrieben des Grafen Bobrinskij bekannt geworden ist, dieser Stimmung bedient, um eine höchst umfangreiche Spionage gegen Oesterreich zu organisieren; was diese Spionage im Kriege den Mittelmächten für Schaden getan hat, das wird man einmal später erfahren. Die polnischen Patrioten Ostgaliziens bringt der Gedanke, daß sie ihr Land verlieren könnten, zur Raserei, und ihr Gefühl ist ganz ebenso respektabel wie in Deutschland der Entschluß, Posen und Westpreußen festzuhalten. Die Polen Ostgaliziens sind national besonders energisch, weil sie auf Vorposten stehen. Alles Gründe, dieses Polentum zu achten und seine Politik zu fürchten. Die Entwicklung unter den Ruthenen wird natürlich in hohem Grade künftig von der russischen Ukraine her bestimmt werden. Uebernimmt Deutschland die Pflicht, Polen dauernd gegen den ukrainischen Irredentismus zu verteidigen?

Weist man in Oesterreich auf solche Dinge hin, so wird einem neun unter zehn Malen die Antwort zuteil werden: „Was schlagen Sie dagegen vor?" Aber nicht darauf kommt es an, sondern die Probleme müssen zunächst erkannt werden. Es ist wohl möglich, daß sich die austropolnische Lösung alles in allem als diejenige herausstellt, die noch am ehesten Haltbarkeit verspricht. Aber man muß etwas klarer sehen. Warten die Polen jetzt schon hundertunddreiundzwanzig Jahre auf ihren Staat, so kommt es nun auch nicht auf eine kurze Zeit an. Es ist richtig, daß sie gerade die Unschlüssigkeit der Mittelmächte als einen schweren Fehler bezeichnen; sie verwirre das polnische Volk und mache es unsicher. Und es ist ja wohl wahr, daß es besser wäre, wenn unsere Staatskunst wie in anderen Fragen auch in der polnischen von Anfang an ihre Ziele sicherer erkannt hätte. Da aber die Dinge liegen, wie sie liegen, so ist unseren heutigen Lenkern äußerste Vorsicht zu empfehlen. Denn darüber täuschen sie sich wohl nicht: Die Fehler, die sie machen, die wird das deutsche Volk büßen.

X.

Bündnisse und Völker.

Der Leser, der bis hierher uns gefolgt ist, hat bemerkt, daß eine innere Verbindung unter den sehr verschiedenen Problemen vorhanden ist. Es war nicht die Absicht dieser Aufsätze, neue Mitteilungen über Ungarn oder Polen oder über die südslawische Frage zu machen. Das würden Spezialkennner dieser Gebiete besser können. Aber man muß sich einen Begriff davon bilden, wie die Dinge zusammenhängen, um eine Vorstellung von den Zukunftsmöglichkeiten Oesterreichs zu bekommen, und Oesterreichs Dasein ist unser Dasein, denn wir sind mit ihm verbunden „auf Gedeih und Verderb'. Nach der alten Auffassung der österreichischen Bureaukratie sollten wohl alle die verschiedenartigen Nationalfragen hübsch getrennt bleiben, jede in ihrem eigenen Aktenfache zur zweckdienlichen Erledigung. Leider läßt es sich in einem staatlichen Organismus nicht verhindern, daß die Glieder allesamt in ihrer Gesundheit von einander abhängig sind. Daß Ungarn vom Reichsleibe abgeschnürt ist, tut heute der Stadt Wien sehr weh; seit Jahrhunderten hatte sie ihr Fleisch und Mehl über die nahe ungarische Grenze bekommen, um im Weltkriege plötzlich zu entdecken, daß Ungarn als selbständiger Staat die Ausfuhr hemme. Man hatte Galizien, um die Polen zu befriedigen, eine Autonomie gegeben; wieder andere Beamte unterstützten die Ruthenen, die vorher von jenen abhängig gemacht worden waren. An der einen Stelle wurden die Südslawen von der Verwaltung unterstützt, an der anderen zurückgedrängt. Einmal waren die Deutschen, dann die Tschechen die lieben Kinder. Um die augenblicklichen Sorgen stimmenbedürftiger Minister oder bedrängter Ressorts aus

dem Wege zu räumen, machte man Präsente mit Lebensinteressen des Staates, wie die deutschen Kaiser im Mittelalter die wertvollsten Reichsgüter an gierige Fürsten hergeben mußten, um deren Stimme zu erkaufen oder wie das russische Sprichwort es bezeichnet: „Ganz egal, womit das Kind spielt, wenn es nur nicht weint!" Nicht Unzulänglichkeit der Verwaltung und der regierenden Männer trägt die Schuld an diesen Uebeln; es ist reichsdeutschen Besuchern oft aufgefallen, wieviel Talent und ernster Wille im österreichischen Beamtentum vorhanden sei, die im fruchtlosen Ringen mit unlösbaren Aufgaben verbraucht werden müssen. Sondern die Wurzel des Uebels geht in Tiefen hinunter, an die mit den Methoden der heutigen Politik nicht heranzukommen ist: Es ist der Widerspruch zwischen dem historischen Recht, das der Staat vertritt, und dem Naturrecht der Völker, welches sich um gar keine Historie kümmert, sondern auf die Bühne tritt und ruft: „Ich bin hier und will leben!" Schuldige gibt es da gar nicht, obgleich die österreichische Tagespolitik darin besteht, sich gegenseitig alles Unglück zu Lasten zu legen. Nicht Recht und Unrecht, sondern Recht und Recht stehen sich gegenüber, und diesen Prozeß kann kein Forum durch äußerlichen Spruch beendigen. Er kann nur durch freie Vereinbarung geschlichtet werden.

Für Deutschland wird die Teilnahme an den Vorgängen im Habsburgerreiche in Zukunft noch mehr als früher darauf beruhen, daß dort zwölf Millionen unserer Brüder wohnen und ihr Schicksal das der deutschen Nation im stärksten Maße in Mitleidenschaft zieht. Unser Verhältnis zu diesem Sechstel des deutschen Volkes ist seit der Auflösung des alten deutschen Bundes nicht das richtige gewesen. Innerlich hat man oft mit ganz unberechtigtem Hochmut auf die „österreichische Wirtschaft" heruntergesehen, äußerlich aber stellte man sich auf einen trockenen diplomatischen Standpunkt und zollte Oesterreich und Ungarn anstatt lebendiger Teilnahme und gelegentlicher derber Wahrheit bundesgenössische Komplimente, die niemand kalt oder warm machen. Bismarck hat

uns hier einen verhängnisvollen Weg geführt; „er hat, sagte zu mir ein älterer Beamter und früherer Minister, dem Deutschtum Oesterreichs durch seine Politik das Rückgrat gebrochen". Mag dies auch zu bitter sein, richtig ist, daß Bismarck, in dem selber erst in ganz reifem Alter der Deutsche den Preußen überwand, der das baltische Deutschtum, ohne mit der Wimper zu zucken, auf dem Altare der guten Beziehungen zum Zarenhof opferte, die deutschen Oesterreicher in gewisser Weise vom Körper der Nation abschnitt, weil er in diesen Volksgenossen nichts anderes sehen wollte als Untertanen eines befreundeten, aber fremden Monarchen. Seine Bündnispolitik stand freilich im Dienste der allgemeinen deutschen Sache, aber die Deutschen Oesterreichs beraubte sie in ihrem Daseinskampfe des Rückhalts an ihrem großen Volkstum. Wenn man nun die Tendenzen zur unbegrenzten Erweiterung des Bündnisses sieht, jenen ganzen Komplex von Bestrebungen, der heute als „mitteleuropäische Politik" bezeichnet wird, so wird diese großgedachte Konzeption, in deren Dienst sich glänzende agitatorische Begabungen gestellt haben, unwillkürlich die Geister locken. Allein wenn es dabei nur auf eine noch stärkere Untermauerung der alten Politik herauskommt, so ist nichts gewonnen. Diese Politik war zwar zum Schutze der deutschen Lebensinteressen bestimmt, überließ aber die Festsetzung dessen, was unser Lebensinteresse sei, etwas zu bereitwillig Faktoren, deren Handlungen wir in keiner Weise beeinflussen können. Man muß sich klar machen, daß Bündnisse schlechthin überhaupt nicht mehr zu verantworten sind, wenn jeder Partner für sich so viel Töpfe zerschlagen will, als ihm beliebt, und die Gesamtfirma nichts weiter zu tun hat, als den Schaden zu decken. Besteht Aussicht auf eine wenn auch allmähliche und langsame Erstarkung des Solidaritätsbewußtseins in diesem Völkerkreise? Ich habe in einigen Monaten des Reisens und Beobachtens in Oesterreich und Ungarn keine Neigung wahrgenommen, von den nationalen und staatlichen Egoismen zum Vorteil eines vermuteten mitteleuropäischen Gemeinschaftsgefühls Abstriche

zu machen. Von so erbitterten Feinden wie den Tschechen gar nicht zu reden, bezeigen die Ungarn bisher wenig Lust, in ihrem Verhalten etwa gegen die Südslawen Rücksichten eines höheren großen Bundes walten zu lassen. Und die südslawische Frage hat den Krieg gebracht! Die Polen wollen sich zwar Mitteleuropa gefallen lassen, wenn es ihnen zu ihrem großen Staate hilft, aber sie denken nicht daran, deshalb etwas von ihren Ansprüchen an die Ruthenen preiszugeben. Sieht man denn bei uns selbst Anzeichen, daß die alldeutsche gewalttätige Denkweise im Rückgange ist, wie es doch durchaus nötig wäre, wenn wir mit den Slawen als unseren mitteleuropäischen Genossen leben sollen? Jeder will den andern verschlingen und alles zusammen soll ein Bruderbund sein.

Man sagt nun freilich, daß zwar heute noch die Regierungen in keine Einschränkung der unbedingten Souveränetätsrechte willigen werden, so wenig wie am Horizonte etwas von überstaatlichen parlamentarischen Vertretungen Mitteleuropas zu sehen ist, daß aber die Zukunft reich an Möglichkeiten sei, sobald einmal die wirtschaftliche Durchdringung angefangen habe. Es ist einigermaßen erstaunlich, daß man nach allem, was wir erlebt haben, immer noch mit den alten englischen Freihändlern glauben kann, die politischen Sympathien der Nationen würden durch wirtschaftliche Beziehungen bestimmt. Keine Nation würde von der Bildung eines einheitlichen mitteleuropäischen Zollgebietes größeren Vorteil haben als die Tschechen, ein kleines, industriell sehr aufstrebendes Volk, dem sich ein gewaltig erweiterter Markt böte. Die Tschechen wissen das auch sehr gut, aber sie lehnen trotzdem Mitteleuropa mit aller Energie ab; sie wollen ärmer bleiben, wenn es sein muß, aber nicht mit Deutschland zusammenwachsen. So schrieb der tschechische Politiker Dr. Raschin, der mit Dr. Kramarsch auf der Anklagebank gesessen hat, in den „Narodny Listy“: „Nichts hat besser die Lage der Tschechen beleuchten können als die Agitation für Mitteleuropa. Oesterreich-Ungarn und Bulgarien sollten den

Weg bilden für den imperialistischen Einzug Deutschlands an den persischen Meerbusen über Konstantinopel und Bagdad!" Dies ist die falsche Darstellung, welche die Entente von dem Gedanken der mitteleuropäischen Einigung verbreitet hat, aber die Tschechen werden schwerlich davon abgehen, also ist auf ihre Zustimmung gar nicht zu rechnen. Sehr viel anders sprechen auch die Südslawen nicht. Das Folgende ist aus dem in deutscher Sprache erscheinenden „Agramer Tagblatt": „Der Krieg hat den Südslawen der Monarchie erdrückende Lasten auferlegt . . . und zu allem kam noch der düstere Blick in die trübe Zukunft. In Deutschland sprach man nur noch von Mitteleuropa, einem Staatenbund von Hamburg bis Bagdad im festen Gefüge: ein Leichentuch über kleine Völker." In Ungarn hat die Idee des engeren Zusammenschlusses mit Deutschland zu Anfang starken Widerhall gefunden, es ist auch begreiflich, daß die Hoffnung auf den Zugang zu einem so großen Verbrauchergebiet die intensiver werdende Landwirtschaft eines ganz vorwiegend agrarischen Staates lebhaft anziehen muß. Aber auch hier herrscht bei den regierenden Klassen keine Stimmung dafür, irgendwelche Schmälerung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen zugunsten eines größeren Organismus zuzugeben. Die schon erwähnte Schrift des Bankmannes und Politikers Hegedüs glaubt nach mancherlei Einwänden sagen zu dürfen, „daß eine nüchterne Annäherung an Deutschland mit der Zeit der wenig produzierenden Landwirtschaft Ungarns nützen würde, wobei unsere Industrie mit klug aufgerichteten Wehren dennoch geschützt werden könnte". Das ist in der Tat eine nüchterne Annäherung.

Die Vorstellung, daß wirtschaftliche Verhältnisse eine innere Bindung der Völker herbeiführen müssen, entsprang der Begriffswelt eines materialistischen Zeitalters und sollte mit Argwohn betrachtet werden. Sie wird durch das letzte halbe Jahrhundert österreichisch-ungarischer Geschichte widerlegt, denn wir sehen, wie trotz der denkbar engsten ökonomischen Verflechtung und einer vollen Zollunion die Natio-

nen weiter und weiter auseinanderrücken, sich gegenseitig Waren verkaufen und sich doch hassen. Es ist bedenklich, daß die oberflächlich materielle Ansicht sich in der letzten Periode auch unserer amtlichen Diplomatie in sichtbarem Grade bemächtigt hat; man verläßt sich zu sehr auf die einigende Kraft von Konossementen und Kreditgewährungen und neigt zur Unterschätzung der fundamentalen Triebe, die das Leben der Staaten und der Völker beherrschen. Inneres Einverständnis muß die Bündnisse tragen; bloße diplomatische, wirtschaftliche und militärische Verträge werden nie wieder genügen. Wir hatten ja im Kriege hinreichende Gelegenheit festzustellen, und nicht bloß an dem Beispiel Italiens und Rumäniens, daß Nationen, die ein Bündnis nicht wollen, nicht gezwungen werden können, es zu halten, mag man noch so viele Hochverräter erschießen. Dies hat übrigens Moltke schon vor Jahrzehnten mit dem Satze gesagt, daß der Krieg fortan nicht mehr Kabinettskrieg, sondern Volkskrieg sein werde. Gut denn: Müssen wir imstande sein, Volkskriege zu führen, so müssen wir in der Zeit vorher Volkspolitik machen. Was das im Innern heißt, ist nachgerade auch den herrschenden Mächten klar geworden. Nach außen bedeutet es die Notwendigkeit geistiger Verständigung zwischen Volk und Volk, nicht mehr bloß zwischen Regierung und Regierung. Im Zeitalter der allgemeinsten Wehrpflicht müssen die Massen willens sein, die Wechsel zu honorieren, die der Staat unterschrieben hat. Wenn Bismarck noch vor dreißig Jahren laut erklären zu dürfen glaubte, es sei ihm ganz gleichgültig, was russische Zeitungen schrieben oder russische Politiker sagten, er halte sich an die Gesinnung Seiner Majestät des Zaren, so ist das jetzt so grundfalsch geworden, daß man es nicht erst zu widerlegen braucht. Um aber eine neue Politik zu treiben, brauchen wir Gesandte und Konsuln, die Augen haben, zu sehen, was um sie her vorgeht, und Mut genug, ihre Ansicht gegenüber der Hartnäckigkeit und Trägheit der Zentralbureaukratie zur Geltung zu bringen. Mit Phrasen wie der von der Schäd-

lichkeit der „geheimen“ Diplomatie ist freilich nicht weit zu kommen; gewisse Dinge wird man bei jeder Regierungsform im stillen abmachen müssen. Aber man muß Männer haben, um sie zu machen, nicht Puppen, die an Drähten tanzen. Das Problem der Diplomatie ist in Zukunft dasselbe wie das der Regierung überhaupt: Ersetzung des Beamten durch den Politiker, der Routine durch den Charakter. Der Titel Marquis soll, wie die Amerikaner zu Lafayette sagten, einem sonst tüchtigen Bewerber nicht schaden, auch nicht der Nachweis der guten Kinderstube; aber noch etwas mehr wird nötig sein.

XI.

Der Ausgleich der Nationen.

Der Krieg wird dem Begriff der Nationalität im Bewußtsein der Menschen und auch im öffentlichen Recht viel mehr als früher zur Anerkennung verhelfen. Im Wandel der Zeit stößt eine „Legitimität" die andere vom Throne. Erst hatten die Dynastien das göttliche Recht, und jeder Zweifel daran führte erst auf das Schafott und dann in die Hölle. Darauf kam die Periode der geistigen Allmacht des politischen Regimes, der Gottähnlichkeit des Staates, der als zum Objekt gewordener Weltgeist die Heiligsprechung durch die deutsche Philosophie erhielt und an dessen Altären alle Parteien im 19. Jahrhundert Opfer brachten. Nun aber wächst über den ausdörrend gewordenen Staatsbegriff die Idee des Volkstums zu überragender Macht empor und verlangt anstatt der bisher gewährten Duldung volle Rechte. Auf allen Seiten ist sie während des Krieges zum Panier erhoben worden. Die Westmächte und Amerika nahmen gegen alles bisherige Staatsrecht erst den großserbischen Gedanken, den unmittelbaren Anlaß der Katastrophe, dann die Forderungen der italienischen und der rumänischen Irredenta, schließlich sogar das tschechische Unabhängigkeitsverlangen in ihr Programm hinüber. Auf unserer Seite versprach man den Polen Rußlands die Freiheit, und in Belgien gingen wir daran, die halberstickte flämische Nationalität zum Leben zu erwecken. Niemand wird glauben, daß die Staaten dieses gewaltige Element, nachdem es im Kriege zu Agitationszwecken gut verwendbar gewesen ist, hernach wieder nach Hause schicken und so tun könnten, als sei alles wie früher. Ist es bloß ein äußerliches Zusammentreffen, daß gerade die-

jenige Macht in Stücke ging, die sich noch im Kriege der Anerkennung des Nationalitätsgedankens am hartnäckigsten widersetzte? Das Zarentum, das nicht wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Mut fand, den Polen die Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit zu verbürgen, ist untergegangen, und das russische Reich bricht zunächst in national geschiedene Republiken auseinander. Was daraus auch alles folgen möge, der alte gleichförmige Zentralismus, der keine Nationen, sondern nur Staatsangehörige kennen wollte, hat eine entscheidende Niederlage erlitten.

Aber noch sind wir nicht so weit, daß in national gemischten Reichen der unverjährbare Anspruch jedes Volkstums, sich voll und frei auszuleben, in Uebereinstimmung mit den Rechten der Umwelt gebracht werden könnte. Einstweilen berauschen sich Tschechen, Südslawen, Polen an dem Worte „Selbstbestimmung" und wollen nicht wahr haben, daß auch andere sich selbst bestimmen dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht ist so wenig absolut wie ein anderes Recht; eine Nation hat sich mit der anderen auseinanderzusetzen. Einer der besten Kenner des österreichischen Völkerproblems, der Sozialdemokrat Otto Bauer, schrieb vor zehn Jahren folgendes: „Wenn es eine Nation gibt, die am Bestande Oesterreichs ein Interesse hat, bei der der Gedanke an Oesterreichs Zerfall nicht die Hoffnung nationaler Einheit, sondern die Furcht vor Fremdherrschaft erwecken muß, so sind es die Tschechen. Und doch lebt in keiner österreichischen Nation gleicher Haß, gleiche Feindschaft gegen den österreichischen Staat wie bei den Tschechen." Die Feststellung hat inzwischen nicht an Glaubwürdigkeit verloren. Aber gesetzt, es gelänge nun den Tschechen wirklich, in ihrem sinnlosen Hasse Oesterreich zu sprengen, können sie sich nur einen Augenblick in den Gedanken wiegen, daß die deutsche Nation, die in Deutschland und Oesterreich 75 Millionen Menschen zählt, einen gänzlich unabhängigen Tschechenstaat ruhig hinnehmen würde? Abgesehen von dem Geschick der Deutschen in Böhmen, das immer eine große Sorge für uns sein muß,

würde Deutschland aus Rücksicht auf seine eigene Existenz einem so feindseligen, über die Gebirge nach Bayern, Sachsen und Schlesien verfügenden Volke niemals gestatten, sich nach Belieben mit anderen Großmächten zu verbünden. Da auch die Deutschen den Anspruch auf volle Unabhängigkeit haben und diese unter gewissen Bedingungen, zu denen das Vorhandensein eines souveränen böhmischen Staates gehört, gar nicht bestehen kann, so würde dieser Staat erst ins Dasein treten, wenn vorher die deutsche Macht vernichtet wäre, ganz so wie nur ein völlig gebrochenes England einen unabhängigen irischen Staat entstehen lassen wird. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung ist kostbar, aber der Glaube, daß es für sich allein zum Wegweiser der zerrütteten Welt werden könnte, ist eine gefährliche Illusion. Die wirkliche Macht dankt nicht zugunsten einer Theorie ab. Aber allerdings muß es, soll die ganze Erde nicht eine Vorstadt der Hölle werden, zwischen der Macht der Großen und dem Lebensrecht der Kleineren einen billigen Ausgleich geben. Von ihm würde unsere Nation wahrscheinlich reichlich soviel Gewinn haben als die anderen. Denn nach diesem Kriege wird niemand mehr bezweifeln, daß das deutsche Volk die erste Kunst auf Erden ist, gleich groß im Zuschlagen wie im Entbehren. Wenn man sich entschließen könnte, diese riesenhafte Elementarkraft ohne die Gebärde der aufgeregten Drohung wirken zu lassen! Vielleicht würde dann sichtbar, welche Anziehung der deutschen Kultur und Geistigkeit, die einst ganze Länder mühelos und unwiderstehlich germanisiert haben, noch immer innewohnt. Denn Kämpfe im Osten Europas liegt bei den kleineren Nationen zum guten Teile das Gefühl zu Grunde, daß sie den ewigen Konflikt benutzen, um wachsam zu bleiben und sich nicht unversehens von der deutschen Art überrumpeln zu lassen. Solange nun die deutsche Sache in den Händen von Agitatoren ist, die nicht verstehen, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu scheiden, die den Zorn des deutschen Volkes auf dieses Zornes keineswegs immer würdige Gegenstände

lenken, solange wird sich das Deutschtum selber Unrecht zufügen. Es ließe sich jedoch denken, daß der deutsche Geist wieder auf eine Art mächtig würde, die in der heutigen vergifteten Welt nicht einmal mehr vorstellbar ist.

Viele deutsche Politiker Oesterreichs suchen immer noch die Lösung ihrer Probleme auf Wegen, die wahrscheinlich niemals hinführen. Man hat ein Parlament und glaubt, es müsse mit dem Mehrheitsmechanismus möglich sein, stetige Verhältnisse zu schaffen. Parlamente sind aber ihrer Natur nach gar nicht imstande, einen Staatswillen zu erzeugen, sie können nur einen schon vorhandenen in rechtliche Formen bringen. Die nationalen Parteien sind nicht Fraktionen gewöhnlicher Art, es sind Vertretungen ganzer Völker, und der österreichische Reichsrat ist eigentlich mehr eine ständige Friedenskonferenz von Gesandten streitender Nationen als die Volksvertretung eines Staates. Bei jedem Anlasse rollt sich gleich die große Prinzipienfrage auf: Woher nehmt i h r das Recht, für u n s Gesetze zu machen? An die Erzwingung eines neuen Staatsrechts gegen den Willen einer der größeren Nationen ist nicht mehr zu denken. Aber selbst wenn es dahin käme, so ist es noch sehr fraglich, ob die Verwaltung nicht versagen würde. Das Beamtentum besteht aus Angehörigen der verschiedenen Völker, und da die Beamten Menschen sind, so werden sie durch ihr Volkstum beeinflußt. In Wien sind die Zentralbehörden überwiegend deutsch, in Prag großenteils tschechisch; ein lockeres Nebeneinander ist da noch eher möglich als straffe Subordination. Dieselben Bedenken erheben sich gegen den „Octroi", die Verfassung durch kaiserliches Edikt, für manchen Oesterreicher die Panacee aller Gebrechen des Staates. Alle gewaltsamen und gleichsam mechanischen Entscheidungen müssen auf diesem Boden falsch sein, weil kein menschlicher Scharfsinn die gesellschaftlichen Entwicklungen vorausberechnen kann. Das Völkerproblem ist eben mit dem wirtschaftlichen und sozialen in einen Knäuel verschlungen, und jede ökonomische Aenderung bringt neue nationale Verwick-

lungen. Der Dualismus, die Grundlage des jetzigen Reichsbaus, beruhte auf der Annahme, daß in der diesseitigen Hälfte die Deutschen, in der jenseitigen die Magyaren dauernd die Herrschaft würden ausüben können. Die Magyaren waren dazu imstande und werden es wahrscheinlich noch weiter sein; die Deutschen beherrschen schon lange die anderen österreichischen Nationen nicht mehr, teilweise weil ihre eigene Uneinigkeit sie dazu unfähig macht, zum größeren Teile aber deshalb, weil die soziale Entwicklung der anderen auf einem Punkte angelangt ist, wo sie sich nicht mehr beherrschen lassen. Aus diesem Grunde vermag die transleithanische Schale der Wage die zisleithanische in die Luft zu heben; aber es ist nicht sicher, ob diese Methode der Wahrung der Reichseinheit nach der furchtbaren Anspannung des Krieges anwendbar bleibt.

Von einer bloß äußerlichen Behandlung der Symptome des österreichischen Problems ist nichts Wesentliches mehr zu erhoffen. Weder ist ein Pakt zwischen zwei Nationen zum Nachteil der übrigen ausführbar, noch kann hier die Maschinerie des Parlamentarismus helfen, noch auch würde ein durch Machtspruch diktierter Zustand lange vorhalten. Den Gemeinschaftsgeist, der den Staat tragen muß, kann kein Rezept eines politischen Doktors kräftigen, er erstarkt nur in einer gesünderen Luft. Wenn in der kranken Welt der tobende Vernichtungswahnsinn noch einmal erstirbt, so wie die religiöse Mordlust sich im Dreißigjährigen Kriege selber erschöpfte, dann ist für diesen alten Staat eine Zukunft recht wohl möglich. Dann würde es wahrscheinlich auch gelingen, sich über ein Recht der nationalen Minderheiten zu einigen und damit die wichtigsten Anlässe des fortwährenden Haders ungefährlicher zu machen. Umgekehrt aber, wie soll der Staat bestehen, wenn die Welt zerrissen bleibt und in seinem eigenen Hause die Hälfte der Bewohner es mit dieser, die Hälfte mit jener Seite hält? Wiederum tritt uns die gewaltige Bedeutung der russischen Revolution entgegen; sie hat Oesterreich-Ungarn

militärisch Luft geschafft, politisch aber seine Lage fast noch verwickelter gestaltet. Vor Jahren sprach Friedrich Engels in gemessenen Worten die Ansicht aus, daß die Sprengung Oesterreichs „vor dem bevorstehenden Sieg der Revolution in Rußland" ein Unheil sein würde, nachher aber werde sie überflüssig sein, „weil das dann überflüssig gemachte Oesterreich von selbst zerfallen muß". Die mit der apodiktischen Sicherheit der marxistischen Geschichtsphilosophie ausgestattete Prophezeiung geht von der historischen Tatsache aus, daß Oesterreich als ein Schutzverband entstanden ist; es war eine Verteidigungsallianz mehrerer bedrohter Völker, erst gegen die osmanische, dann gegen die russische Weltmacht. Muß es daher „zerfallen", wenn die militärische Funktion erlischt? Der Schluß ist voreilig, denn ein vierhundert Jahre bestehendes Reich blieb kein bloßer Mechanismus der Abwehr, sondern es ist in ihm aus Geschichte und uralter Kulturbeziehung ein Lebendiges geworden, das weiter leben will. Nur fragt sich, ob dieses nicht aus einer nationalen Einheit geborene Organische den beständigen Erdrosselungsversuchen gewachsen ist, falls es sich nicht wenigstens den tiefen Zwiespalt über die auswärtige Politik vom Leibe schaffen kann. Daher ist die Idee der allgemeinen Abrüstung, die der Minister Graf Czernin formuliert hat, weder der Sentimentalität noch der Schwäche entsprungen, sondern sie geht aus dem neuen Lebensgesetz des Reiches hervor. Wir würden uns und Oesterreich-Ungarn unrecht tun, wollten wir uns über diese innere Notwendigkeit täuschen. Das „Da pacem, domine" ist hier nicht mehr bloß ein schönes Gebet, es ist der erste Paragraph jeder denkbaren bürgerlichen Verfassung.

Sonder-Abdrucke aus der Frankfurter Zeitung

sind u. a. erschienen:

	Preis zuzügl. Porto
Alt- und Neu-Deutschland	M. —.40
Die notwendige Reform der höheren Schulen	„ —.40
Die Wasserkräfte Skandinaviens	„ —.60
Reichswahlreform	„ —.50
Griechisch und Deutsch	„ —.50
Wirtschaftsbilder vom Oberrhein	„ —.50
Die Gesellschaft Jesu	„ —.50
Die Krisis im hessischen ländlichen Genossenschaftswesen	„ —.50
Kaufmännischer Nachwuchs	„ —.50
Zentrum und Universitäten	„ —.40
Militärstaat und Bürgerstaat	„ —.50
Deutschlands große Zeit	„ —.60
Warum Bulgarien mit uns geht (1915)	„ —.30
Gegen die englische Finanzvormacht (4. Auflage)	„ —.60
Die Vorzüge des Post- und Bankschecks (160. Tausend)	„ —.10
Das Friedensangebot der Mittelmächte	„ —.60
Der Krieg und die amerikanische Wirtschaft (2. Auflage)	„ 1.—
„Neuland." Eine Fahrt durch Ob. Ost	„ —.40
Die Industrie im Kriege	„ —.40
Vorfragen innerer Politik	„ —.50

Ferner ist in unserem Verlage erschienen:

Geschichte der „Frankfurter Zeitung"	„ 3.—
Der große Krieg. Urkunden, Depeschen und Berichte. Alle 14 Tage ein Heft. Preis des Heftes	„ —.40

Zu beziehen durch die Buchhandlungen sowie durch die Expedition der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M.

DATE DUE

GAYLORD			PRINTED IN U.S.A.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 647 409 2